

V. Von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart

5.1 Maueröffnung und Programmleistung des SFB

Noch am 29. Dezember 1988 antworteten bei einer Passantenumfrage der Abendschau die meisten Befragten, daß sie trotz Gorbatschows Glasnost-Politik nicht erwarten würden, daß die Mauer in absehbarer Zeit fallen würde.

Dennoch war ein weiteres Zeichen für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des DDR-Systems die Abschaffung des Zwangsumtauschs Ende Januar 1989 und die damit verbundene Forderung nach einer Änderung des Wechselkurses für die Ost-Mark.

In der Westberliner Parteienlandschaft gab es eine Annäherung: am 12. Januar berichtete die Abendschau über ein Koalitionsangebot der Alternativen Liste an die SPD. Als Gemeinsamkeiten stellte die AL die Einführung der Umweltkarte, Tempo 30 in der Innenstadt und den Flächennutzungsplan heraus. Der Regierende Bürgermeister Walter Momper wiegelte jedoch gegenüber SFB-Reporterin Colmar ab; man habe das Ziel, ein Wahlergebnis zu erreichen, das der SPD ein alleiniges Mandat zum Regieren gebe. De facto hatte er schon die Möglichkeit einer Großen Koalition ins Auge gefaßt, war aber innerhalb seiner Partei nicht auf Gegenliebe für diese Option gestoßen.

Aus der Wahl am 29. Januar ging die SPD als deutliche Siegerin hervor. Die CDU wurde für den Skandal um den Charlottenburger Baustadtrat Antes abgestraft und erlitt schwere Verluste. Die SPD konnte allerdings nicht allein regieren und war auf die Bildung einer Koalition angewiesen. Am 17. Februar nahm Harald Wolf (Alternative Liste) auf einer Pressekonferenz der Essential-Kommission Stellung zu einer möglichen Koalition. Nachdem die Kommission das staatliche Gewaltmonopol und die Übernahme der Bundesgesetze akzeptiert hatte, erklärte Wolf eine

“praktikable Übereinstimmung” mit der SPD.

Am 23. Februar gaben Eberhard Diepgen und Walter Momper nach einem Gespräch im Hotel Berlin eine Pressekonferenz, in der sie die Bildung einer großen Koalition ausschlossen.

Daraufhin kam es am 14. März zur Bildung des neuen SPD/AL-Senats.

Am 16. März wurde Walter Momper zum Regierenden Bürgermeister gewählt.

Nunmehr an der Regierung beteiligt, hatte die AL auch Häuserräumungen mitzuverantworten. Am 22. März kam es in Kreuzberg zu Krawallen, nachdem der SPD/AL-Senat die Räumung besetzter Häuser angeordnet hatte.

Die Regierungserklärung Walter Mompers wurde am 13. April in der Abendschau von Eberhard Kruppa kommentiert.²⁸²

Für Umweltschutz, für öffentlichen Personennahverkehr zu sein klinge gut, aber zunächst müsse die Attraktivität des Standortes Berlin gefördert werden.

Die geplante Erhöhung der Netto-Kreditaufnahme stünde nicht für finanzpolitische Seriosität. Eminent wichtig bliebe die Anbindung an den Bund und die Erhaltung des Drei-Mächte-Status für Westberlin.

Bruchstelle in der Koalition sei mit Sicherheit die Rechtsstaatlichkeit der AL. Deren Sympathien für APO-Aktionen, die fast immer mit Chaotentum und Anarchie einhergingen, wären kaum zu verdecken.

Der Kommentar von Eberhard Kruppa, der ja schon Anfang der 60er Jahre und damit in der Zeit der Studentenunruhen bei der Abendschau war, zeigt, daß die Haltung eines SPD-nahen Redakteurs zur APO keine wesentlich andere war als die der konservativen Fraktion der CDU-nahen Moderatoren. Auch hier sind wieder die Begriffe “Chaotentum und Anarchie” im Spiel, die der bürgerlichen Ordnung widersprechen, an die sich nun auch die Alternative Liste anzupassen habe.

²⁸² Berliner Abendschau v. 13.4.89, SFB-Fernseharchiv

Die AL befand sich also von Beginn ihrer Regierungsarbeit an in einer Zwickmühle: dem bürgerlichen Lager sollte sie Gesetzes- und Staatstreue nachweisen und sich von linken außerparlamentarischen Aktionen distanzieren. Als "Linke" hatte sie das Lager gewechselt und mußte aus der Position der Regierungsbeteiligung Entscheidungen verantworten, die sich gegen die außerparlamentarische Linke richteten, wie z.B. die Räumung besetzter Häuser.

Am 18. April 1989 wählte der Rundfunkrat Dr. Günther von Lojewski zum neuen Intendanten des SFB. Lojewski wurde der CDU zugerechnet und hatte von Anfang an dem linken Personalrat gegenüber keinen leichten Stand.

Am 15. Juni besuchte Michail Gorbatschow die Bundesrepublik. Auf einer Pressekonferenz in Bonn nahm er zur Möglichkeit des Abbaus der Berliner Mauer Stellung: die Mauer könne verschwinden, wenn die Voraussetzungen, die sie ins Leben gerufen hätten, abgeschafft wären. Diese Aussage befand sich vordergründig nicht im Widerspruch zu den Worten Honeckers von Anfang des Jahres, daß die Mauer noch 50 oder 100 Jahre bestehen würde, wenn die dazu vorhandenen Gründe nicht beseitigt wären. Es erhob sich nur die Frage, wie die Gründe oder Voraussetzungen für die Existenz der Mauer definiert wurden.

Ende Juli wurden Erleichterungen im Reiseverkehr DDR - Westberlin vereinbart. Ab 1. August waren Mehrfachberechtigungsscheine für Tagesbesuche auch mit Übernachtung direkt am Grenzübergang erhältlich.

Der Trend ging aber in die umgekehrte Richtung: am 8. August mußte die ständige Vertretung der BRD in Ostberlin wegen Arbeitsunfähigkeit schließen. Die Mission war durch 130 Zuflucht suchende DDR-Bürger überfüllt. Der Abendschau-Bericht zeigte weitere DDR-Bürger, die vor

dem verschlossenen Tor standen und brachte ein Statement des Sprechers der Ständigen Vertretung, Eberhard Grassow, über die "bedrückende Situation".

Im Monat September verschärfte sich die Lage ; immer mehr DDR-Bürger versuchten, über die österreichisch-ungarische Grenze zu flüchten. Die DDR-Regierung protestierte gegen die Maßnahme der Ungarn, alle DDR-Ausreisewilligen in den Westen zu lassen.

Die Abendschau berichtete fast täglich über die Ereignisse, insbesondere über die Einrichtung von Notunterkünften in Berlin. Im Oktober eskalierte die Situation wegen der hohen Anzahl der Flüchtlinge, für die es keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr gab. Die US-Botschaft in Ost-Berlin war überfüllt, ebenso die deutsche Botschaft in Prag. Am 30. September verkündete Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auf dem Balkon der deutschen Botschaft in Prag, daß alle DDR-Flüchtlinge, die sich in den deutschen Botschaften in Prag und Warschau befänden, ausreisen dürften.

In Leipzig demonstrierten am 2. Oktober 20 000 Menschen für Reformen in der DDR. Dem Westen war noch unklar, worauf das Ganze hinauslaufen würde - damit, daß das Ende der DDR gekommen war, rechnete zu diesem Zeitpunkt noch niemand.

Am 7. Oktober feierte die DDR noch mit großem Pomp und einer Parade der Nationalen Volksarmee ihr 40jähriges Bestehen.

In einer Sondersendung mit dem Titel "Was macht Gorbatschow mit der DDR?"²⁸³ anlässlich des Besuches Gorbatschows in Ost-Berlin zu den Feierlichkeiten zum 40jährigen Bestehen der DDR diskutierten am 6. Oktober der ARD-Korrespondent Hans-Jürgen Börner, der Publizist Peter Bender und der Wirtschaftswissenschaftler Harry Maier unter der Leitung von Jürgen Engert.

Engert führte zunächst aus, daß die DDR im vierzigsten Jahr ihres

²⁸³ Was macht Gorbatschow mit der DDR? SFB-Sendung in der ARD am 6.10.1989, SFB-Fernseharchiv

Bestehens in die schwerste Krise seit 1949 geraten sei. Demonstrationen und Massenflucht verlangten Reformen von einer Führung, die kein reales Bild mehr von ihrer Republik habe. Die Krise unterscheide sich vom 17. Juni 1953 und den Wochen im August 1961 dadurch, daß sie von Entwicklungen außerhalb der DDR potenziert würde. Der Prozeß der Demokratisierung in den Ostblockländern färbe automatisch auf die DDR ab. Es sei nun die Frage, wie Gorbatschow auf die Krise reagiere und ob er sich überhaupt einmische. Die Rede zur Feier des 40jährigen Bestehens ließ eher nicht darauf schließen - Gorbatschow sagte, daß Fragen, die die DDR beträfen, in Ost-Berlin entschieden würden und nicht in Moskau.

Dazu meinte Bender, daß man sich in dem Fall wünschen würde, daß die DDR noch an der Strippe der SU hänge. Die Möglichkeiten der eigenständigen Entwicklung wären gegeben, zumindest was die Innenpolitik anbelange. Außenpolitisch wäre Loyalität zur Sowjetunion Bedingung. Vorbild wäre Polen, welches sich vom leninistischen Sozialismus distanziert hätte.

Engert stellte die Frage, ob der Auftritt Honeckers in gesundheitlich schlechtem Zustand die Krise nicht verstärke. Maier und Börner waren der Ansicht, daß das Festhalten an den alten Führern der SED eine Art Systemzwang wäre, ebenso wie die Tatsache, daß die DDR-Presse sich trotz der Geschehnisse im Land überhaupt nicht verändert habe.

Dann drehte sich das Gespräch darum, ob Gorbatschow im Hinblick darauf, daß die DDR unter Honecker nur bedingt handlungsfähig wäre, einen Führungswechsel vornehmen könne.

Man kam zu dem Schluß, daß die derzeitigen potentiellen Nachfolger wie Egon Krenz auch nicht gerade für Erneuerung stünden.

Bender konstatierte, daß man eingestehen müsse, daß das Experiment Sozialismus auf deutschem Boden gescheitert sei. Wirtschaftlich gesehen gebe es eine rettungslose Verelendung in Polen, Ungarn und demnächst

auch in der DDR. Polen und Ungarn würden darum versuchen, auf die Marktwirtschaft umzusteigen. Dies mache auch Sinn, denn wie schon Stalin selbst gesagt hätte, passe der Sozialismus auf Polen wie der Sattel auf die Kuh. Den Ostblockländern wäre 40 Jahre lang mit Gewalt ein System oktroyiert worden, welches nicht zu ihnen passe. Es stelle sich die Frage, ob die DDR noch in der Lage wäre, eine Alternative zur Bundesrepublik herzustellen. Dies alleine würde dem Staat eine Existenzberechtigung geben. Er sei da skeptisch; der Staat könne sich nicht mehr legitimieren.

Engert beschloß die Diskussion mit den Worten, daß die nächsten Monate die Antwort zeigen würden.

Diese Sendung aus dem Dritten Programm kann den Anspruch erheben, entscheidende Fragen angeschnitten zu haben. Die Lage in der DDR wurde treffend analysiert; erstaunlicherweise kam aber der wertvolle Hinweis auf die ökonomische Lage des Ostblocks und der DDR nicht vom Wirtschaftsprofessor Maier, sondern vom Publizisten Bender. Einig war man sich darin, daß die DDR von allein ihrem Verfall entgegen gehe. Auffallend ist, daß der Westen sich in der Rolle des Zuschauers befand und die Medien in der Rolle des staunenden Chronisten.

Bedauerlicherweise konnte Matthias Walden, der das Scheitern der DDR und den Fall der Mauer schon 1961 vorausgesehen hatte, dieses selbst nicht mehr erleben.

Am 16. Oktober zogen bei der größten Demonstration in der DDR seit dem Aufstand vom 17. Juni 1953 über 120 000 Menschen durch die Stadt.

Gefordert wurde die demokratische Erneuerung der DDR.

Als erste Konsequenz trat Erich Honecker am 18. Oktober von allen Ämtern zurück. Die Abendschau brachte ein Portrait seines Nachfolgers, Egon Krenz, und einen Rückblick auf die Karriere Honeckers. In einem Interview äußerte der Staatsrechtler Wolfgang Seiffert die Meinung, daß der

Wechsel von Honecker zu Krenz nicht reiche, um eine Reformierung der DDR herbeizuführen.

Der Kommentar von Harald Karas an diesem Abend fiel folgendermaßen aus:²⁸⁴

Honecker stehe am Ende seines Lebens vor einem Scherbenhaufen. Das Volk, insbesondere die Jugend, verweigere ihm die Gefolgschaft und setze sich in Scharen zum Klassenfeind ab. Der Sturz Honeckers wäre unvermeidlich gewesen. Die Frage würde sich stellen, wie viele Übersiedler im Lande geblieben wären, wenn er schon vorher zurückgetreten wäre? Aber, mutmaßt Karas, wäre nicht der enorme Druck durch den Massenexodus erfolgt, wäre Honecker vermutlich nicht gestürzt worden.

Die nächste Frage sei, ob sein Nachfolger, Egon Krenz, etwas ändern könne und ob ein personeller Wechsel den gesellschaftlichen Wandel bringen würde, den diese Republik brauche. Krenz sei vermutlich nicht der neue Gorbatschow der DDR. Er habe es als langjähriger FDJ-Sekretär nicht geschafft, die Jugend für sich zu gewinnen und habe die blutige Niederschlagung der chinesischen Reformbewegung glorifiziert.

Er halte ihn nicht für einen Reformier, sondern für einen Übergangskandidaten:

“Neue Etiketten auf alten Flaschen, das wird nicht genügen. Alte Sprüche aus neuem Munde lösen keines der Probleme im real existierenden Sozialismus. Niemand hält eine radikale Umkehr und Lossagung vom Stalinismus und den alten Dogmatikern für möglich...Daß Honecker gehen mußte, war unerläßlich. Aber die wirklich interessanten Nachrichten aus der DDR, die kommen erst noch.”

In der Tat war der Führungswechsel nicht die Ultima ratio.

Demonstrationen und Kundgebungen gingen weiter, die Forderungen nach freien Wahlen wurde lauter.

²⁸⁴ Berliner Abendschau v. 18.10.1989, SFB-Fernseharchiv

Am 27. Oktober verkündete der DDR-Staatsanwalt eine Amnestie für Flüchtlinge und Teilnehmer nicht genehmigter Demonstrationen. Die Abendschau sendete dies als Mitschnitt der Aktuellen Kamera.

Als weiteres Zeichen der innerstaatlichen Veränderung wurde am 30. Oktober die Sendung "Der Schwarze Kanal" von und mit Karl-Eduard von Schnitzler aus dem Programm genommen. Der SED-Chefpropagandist, der 30 Jahre lang dem Volk die Doktrin des Regimes eingebleut hatte, war damit erledigt.

Zwischen dem 4.11. und dem 13.11.1989 strahlte der SFB einundzwanzig aktuelle Fernsehsondersendungen zu den Ereignissen in der DDR aus, die Anzahl der Brennpunkte lag bis zum Jahresende bei zwanzig.

Am 7. November trat der Ministerrat der DDR zurück. Regierungssprecher Wolfgang Meyer appellierte an die Bevölkerung, sich ihr Ausreisevorhaben noch einmal zu überlegen und im Lande zu bleiben. Das sozialistische Vaterland brauche alle und jeden.

Die Berliner Politik war derweil in Aufruhr wegen der nicht mehr zu bewältigenden Zahl der Flüchtlinge. Sozialsenatorin Stahmer (SPD) wies darauf hin, daß täglich 500 Menschen nach West-Berlin kämen, im laufenden Jahr wären es 37 000 gewesen. Die Notaufnahmelager wären überfüllt, man brauche dringend finanzielle Unterstützung vom Bund.

Wie bereits 1961 war auch diesmal das Notaufnahmelager Marienfelde Anlaufstation für den täglichen Flüchtlingsstrom aus Ost-Berlin. Damals wurde dieses Schlupfloch in den Westen durch die Mauer geschlossen. Und nun kamen die Ausreisewilligen über Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei nach West-Berlin - die Länder des Ostblocks, die die Glasnost früher realisiert hatten als die DDR.

Jürgen Engert kommentierte den Rücktritt der DDR-Regierung in der Abendschau:²⁸⁵

Die DDR-Politbüromitglieder fielen um wie Zinnsoldaten. Seit dem Rücktritt

²⁸⁵ Berliner Abendschau v. 7.11.1989, SFB-Fernseharchiv

Honeckers gebe einer nach dem anderen, angeblich aus gesundheitlichen Gründen, auf. Da frage man sich, ob die DDR bislang aus einer Mischung von Bettlägerigen und Altersheiminsassen regiert worden wäre. Aber auf die Frage, ob jetzt endlich die von Krenz versprochene Wende käme, müsse man mit Nein antworten. Krenz wolle sich durchlavieren; Führungsanspruch und Machtmonopol der SED blieben bestehen. Das Volk verlange aber eine parlamentarische Demokratie, Gewaltenteilung und einen Rechtsstaat.

Vom greisen Patienten zum Patienten Krenz (Krenz hatte sich offenbar gerade krankgemeldet, Anm.d.Verf.) - das könne es doch nicht gewesen sein. Es wäre nicht verwunderlich, wenn Krenz auch bald seinen Abschied nehmen würde.

Zunächst aber machte Krenz noch einen Versuch der Stabilisierung, indem er am 8. November das Politbüro umbesetzte. Diesen Vorgang kommentierte Horst Hano in der Abendschau:²⁸⁶

der Rücktritt des Politbüros wäre lediglich eine Austauschaktion; von den neuen Mitgliedern wären nur zwei sogenannte Reformer, nämlich Schabowski und Modrow. Es gebe keine Glaubwürdigkeit, solange die SED auf ihrer führenden Rolle im Staat bestehe.

Im nächsten Bericht, einer Übernahme des ersten Kanals des DDR-Fernsehens, wurden die neuen Politbüro-Mitglieder vorgestellt.

Schabowski, ehemaliger Chefredakteur des "Neuen Deutschland", äußerte sich kritisch zum bestehenden System, befürwortete aber noch die Existenz eines sozialistischen Staates:

"Wir alle wollen eine DDR, von der jeder sagen kann: das ist unser Land!"

Es folgte ein Ausschnitt der Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Walter Momper, vor dem Bundestag:

Die Tage der Mauer seien gezählt, denn den Zweck, die Menschen davon abzuhalten, die DDR zu verlassen, erfülle sie nicht mehr. Allerdings sei die

²⁸⁶ Berliner Abendschau v. 8.11.1989, SFB-Fernseharchiv

Frage der Einheit nicht die Frage, die die Menschen in der DDR jetzt bewege. Die Bürger der DDR wollten keine Kopie der Bundesrepublik, sondern ihren eigenen Weg gehen.

Der Führer der Opposition, Eberhard Diepgen, äußerte auf einer Pressekonferenz, es wäre entscheidend, ob die DDR bereit wäre, das Machtmonopol der SED aufzugeben. Wirtschaftliche Reformen seien notwendig. Die deutsche Frage stehe mit der Dynamik der Entwicklung im Ostblock auf der Tagesordnung der internationalen Politik.

Auffallend ist in diesen Tagen, daß sich hüben wie drüben einige Politiker trotz des offensichtlichen Scheiterns des DDR-Regimes eine Wiedervereinigung nicht vorstellen konnten. Insbesondere bei Walter Momper hatte man den Eindruck, daß dieser eher auf ein Weiterbestehen der DDR, einhergehend mit einem grundlegenden gesellschaftlichen Wandel, setzte. Sein Gegenüber, Politbüro-Mitglied Günther Schabowski, ging zu diesem Zeitpunkt offensichtlich ebenfalls davon aus, die DDR noch retten zu können. Pragmatisch gesehen, war aus westlicher Perspektive eine Auflösung der DDR und eine potentielle Eingliederung in die Bundesrepublik aus ökonomischen Gründen nicht wünschenswert. Insbesondere Berlin war durch die Zuwanderungsströme, die bereits vor der eigentlichen Maueröffnung erfolgten, finanziell gebeutelt und brauchte mehr denn je Hilfe vom Bund.

Im Gegensatz hierzu benannte CDU-Politiker Diepgen nicht nur die Voraussetzungen für ein Weiterbestehen der DDR, sondern sah schon kurzfristig die Perspektive der deutschen Einheit.

Am 9. November 1989 brachte der SFB in der Abendschau um 19.23 Uhr als erster Sender die Nachricht von der Maueröffnung.

Moderator Jochen Sprentzel eröffnete die Sendung mit den Worten:

“Nach wie vor blicken wir alle gebannt auf die atemberaubenden

Ereignisse in der DDR. Die Top-Meldungen kommen zur Zeit Tag für Tag aus Ostberlin. Das ist auch heute nicht anders; Sie wissen, daß das ZK der SED zur Zeit tagt und daß es im Anschluß daran stets eine Pressekonferenz gibt, die geleitet wird vom Politbüro-Mitglied Günter Schabowski und der hatte heute abend, vor wenigen Minuten, Spektakuläres zu verkünden...²⁸⁷

Dann folgt als Übernahme des ersten Programms des DDR-Fernsehens der Bericht über die kurz zuvor von Politbüro-Mitglied Günter Schabowski abgehaltene Pressekonferenz bezüglich der neuen Reiseregungen für DDR-Bürger.

Schabowski hatte erklärt, daß ab sofort Reisegenehmigungen auch über die innerdeutsche Grenze erteilt würden. Gesetzesänderungen seien geplant zu Wahlen, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie im Medien- und Strafrecht. Er sprach sich für eine pluralistische Gesellschaft aus. Es gebe eine Interessenvielfalt und für den Interessenausgleich sei es nötig, neue demokratische Formen zu finden.

Dann folgte eine Erklärung von DDR-Außenhandelsminister Gerhard Beil. Man müsse den Handlungsspielraum der Produzenten erweitern und den Anteil der DDR am Welthandel erhöhen.

Im zweiten Abendschau-Beitrag führte Reporter Gerhard Horstmeier ein Gespräch mit dem Gründungsmitglied des "Neuen Forum", Reinhard Schult. Dabei ging es um die Frage, ob sich das "Neue Forum" als Partei zur Wahl stellen wolle. Reinhard begründete, warum die gewählte Organisationsform vorzuziehen sei.

Es folgte eine Ansprache des Regierenden Bürgermeisters Walter Momper aus dem SFB-Studio:

"...Ich glaube, man darf für alle Berlinerinnen und Berliner sagen, das ist ein Tag, den wir uns seit 28 Jahren ersehnt haben. Das ist ein Tag der Freude, der uns froh machen sollte, auch wenn wir wissen, daß daraus

²⁸⁷ Berliner Abendschau vom 9.11.89, SFB-Fernseharchiv

viele Lasten auf uns zukommen...

Ich möchte alle Berlinerinnen und Berliner in dieser Stunde auffordern, alle Besucher aus der DDR wirklich mit offenen Armen zu empfangen. Wir sollten es verstehen, wenn Menschen uns nicht haben besuchen können 20, 28 Jahre lang nicht und wenn sie jetzt kommen, weil sie einfach sehen wollen, wie der Westen wirklich ist. Sie kennen unsere Stadt, unser Land über den Fernsehschirm, sie wollen es nun mit eigenen Augen sehen. Sie wollen einmal, wie wir das ja auch tun, den Ku'damm hoch- und 'runtergehen. Ich denke, wir sollen uns darüber freuen, daß wir wieder zusammenkommen, daß wir miteinander reden können..."²⁸⁸

Momper sagte weiter, der Wille der DDR-Führung, sich dem politischen Wettbewerb zu stellen, wäre vorhanden. Er wisse, wieviel Vertrauen verspielt worden sei, aber es gebe den Willen zu Reformen. Er wisse auch, daß viele das Land verlassen wollten; er bitte diese Menschen, sorgfältig zu prüfen, ob sie nicht vielleicht doch lieber bleiben sollten. Natürlich seien aber alle Leute herzlich willkommen, die sich zur Auswanderung entscheiden würden.

Anschließend entwickelte sich ein Studiogespräch zwischen Momper und Sprentzel, in dem es zunächst darum ging, ob die Mauer jetzt abgerissen werden müßte. Momper meinte, das wäre nicht ausschlaggebend, wichtig wäre lediglich, daß die Mauer ihre Funktion verloren hätte.

Sprentzel sagte, man habe ja lange davon geträumt, aber es würde auch ganz objektive Schwierigkeiten geben. Er richtete an Momper die Frage, ob dieser den Eindruck hätte, daß die Berliner bereit seien, zusammenzurücken und die Brüder und Schwestern aus dem Osten aufzunehmen.

Momper antwortete, er hätte da volles Vertrauen; die Berlinerinnen und Berliner hätten alles überstanden, die Blockade, das Chruschtschow-Ultimatum, den Bau der Mauer. "...So wie wir 40 Jahre gegen die

²⁸⁸ Ebd.

Trennung gekämpft haben, wie wir immer für Reisefreiheit und Selbstbestimmung in der DDR gekämpft haben, dürfen wir nicht verzagen vor der Größe der Aufgabe...”

Berlin sei eine Großstadt, sei wieder **die** Metropole in der Mitte Europas, da könne man nicht sagen, das würde alles zu schwierig.

Sprentzel beschloß das Interview mit den Worten: “Das ist ein großer Tag für Deutschland, das ist ein großer Tag für Berlin.”

Der SFB hatte mit der Verbreitung der von Schabowski gewollten oder ungewollten Äußerung, daß die DDR-Bürger ab sofort die innerdeutsche Grenze passieren dürften, zur Verbreitung der Lawine beigetragen. Hier wurde das Medium als Überbringer einer Botschaft gleichzeitig zum “Agitator”, denn aufgrund der Fernsehansprache und der Bilder von Menschen, die sich auf den Weg in den Westen machten, wurden immer mehr Massen mobilisiert und das Ganze bekam eine Eigendynamik, von der es im Nachhinein hieß, daß dies so nicht beabsichtigt war. Hierauf bezieht sich Habermas, wenn er feststellt: “Die Umwälzungen in der DDR, in der Tschechoslowakei und in Rumänien bildeten einen Kettenprozeß, der nicht nur einen vom Fernsehen übertragenen historischen Vorgang darstellt, sondern der sich selbst im Modus einer Fernsehübertragung vollzogen hat.”²⁸⁹

Es soll an dieser Stelle nicht erörtert werden, inwieweit man die Geschehnisse des 9. November 1989 als revolutionäre Massenbewegung bezeichnen sollte oder vielmehr als einen inszenierten Staatsbankrott.

In der Abendschau-Sendung wird an diesem Abend jedenfalls deutlich, daß Westberlin überrascht und nicht nur erfreut war von der Tatsache, daß die “Brüder und Schwestern” aus dem Osten kamen. Die Ansprache von Momper hatte etwas von der christlichen Botschaft “Nun freuet Euch!”, wohl wissend, daß die Westberliner der Invasion ihrer Landsleute

²⁸⁹ Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Suhrkamp 1990, S. 49

skeptisch gegenüber standen. In den Wochen und Monaten davor war die Problematik der Übersiedlungen evident geworden, wirtschaftliche und soziale Probleme tauchten auf. Obwohl Momper sich bemühte, um Verständnis für die DDR-Bürger zu werben, konnte er auch seine eigene Skepsis nicht verbergen. Die Gleichsetzung der Grenzöffnung mit den Negativ-Erlebnissen Blockade, Chruschtschow-Ultimatum und Mauerbau spricht dabei für sich. Der Aufruf an die DDR-Bürger, sich ihre Ausreise gründlich zu überlegen, um gleich nachzutragen, daß sie natürlich willkommen seien, ebenfalls.

Die Integration der Ostdeutschen in den anderen deutschen Staat ist ein wirtschaftliches und soziologisches Problem, welches bis heute unverändert auf der Tagesordnung steht. Die faktische Auflösung der DDR und ihr Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland hat zu Identitätskrisen geführt, die die Wiedervereinigung nicht nur in einem positiven Licht erscheinen lassen.

An diesem Abend des 9. November 1989 erbrachte der SFB eine beachtliche Programmleistung - in der Halbzeit des DFB-Pokals spielte er einen Brennpunkt in die ARD ein, ab 21 Uhr begannen die Sondersendungen im Dritten, die von Fernsehdirektor Horst Schättle moderiert wurden. Die Studiodiskussion fand unter Beteiligung von Walter Momper, Eberhard Diepgen und Roland Jahn statt, es wurden Live-Einspielungen von den innerstädtischen Grenzübergängen gezeigt. In den nächsten beiden Tagen wurde das Programm des SFB als Sammelangebot für die ARD durchgeschaltet, damit die anderen Rundfunk-Anstalten die aktuellen Ereignisse in Berlin mitschneiden und übernehmen konnten.

Am 10. November gab es um 7 Uhr morgens ein 50minütiges Abendschau-Extra - Offene Grenze. Hier wurde über die Situation am Brandenburger Tor und an den Grenzübergängen, den Ansturm auf die

BVG sowie den morgendlichen Rückreiseverkehr berichtet.

Weitere Höhepunkte waren die Live-Übertragung der Öffnung des Brandenburger Tors am 16. November sowie in der Silvesternacht die Live-Sendung "So ein Jahr" zum ersten gemeinsamen Jahreswechsel.

Wie sehr der SFB *Sender Freies Berlin* war, zeigt sich an seiner Rolle, die er in der Zeit vom Mauerbau bis zum Fall der Mauer spielte. Die für die Stadt wichtigsten Ereignisse - Trennung und Wiedervereinigung begleitete er journalistisch. Vom Kalten Krieg bis zum Wandel durch Annäherung - immer stand Berlin im Mittelpunkt und damit auch der SFB. Seine Rolle in der ARD war die einer Repräsentanz in der ehemaligen Reichshauptstadt, und die Bedeutung Berlins wurde von der Westberliner Bevölkerung genau so gesehen. Bei einer Umfrage im Jahre 1967 hatten 24% der Befragten Berlin als die frühere und jetzige Hauptstadt bezeichnet, 16% als Vorposten der Freiheit und 16% als Symbol des Ost-West-Konflikts.²⁹⁰ So wie Westberlin durch die Berlin-Hilfe des Bundes unterstützt wurde, wurde der SFB von den großen ARD-Anstalten durch den Finanzausgleich alimentiert. Mit dem Fall der Mauer stellte sich die Lage völlig neu dar. Obwohl der SFB einen großen Beitrag zur Wiedervereinigung leistete - sowohl auf personellem als auch auf redaktionellem Gebiet - war die Fortdauer seiner Existenz absehbar geworden.

5.2 Vom SFB zum rbb

Die Wiedervereinigung machte nun eine Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland notwendig.

Dabei wurde die Schaffung von Mehränderanstalten von der ARD bevorzugt. Auf Initiative des Berliner Senats wurde 1990 eine

²⁹⁰ INFAS-Umfrage vom Nov./Dez. 1967, in: Politische und wirtschaftliche Lage Berlins, S. 272, Hurwitz-Deposition, ZA für Emp. Sozialforschung Köln

Sachverständigengruppe "Medienordnung" gebildet, in der u.a. Prof. Dr. Axel Zerdick von der FU, Prof. Dr. Lothar Bisky von der Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam, SFB-Intendant Günther von Lojewski und Michael Albrecht, Intendant des Deutschen Fernsehfunks, saßen. Deren Empfehlungen für eine Rundfunkkonzeption beinhalteten die Fusion von Berlin und Brandenburg, aber auch den potentiellen Zusammenschluß mit Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Dies würde die Integration der Menschen aus Ost und West fördern.

Zu diesem Vorschlag äußerte sich der SFB-Rundfunkrat am 21.5.1990 mit einer Grundsatzklärung, in der er eine Landesrundfunkanstalt forderte, die die Region Berlin und ihr Umfeld erfaßt und deren Kern der SFB bildet²⁹¹.

Die aus den Berliner Abgeordnetenhauswahlen im Dezember 1990 als stärkste Kraft hervorgegangene CDU favorisierte ebenso wie der Intendant des SFB das "Drei plus Eins"-Modell, das neben Brandenburg auch Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern einschloss. Die Vorteile einer finanzstarken Anstalt mit Gewicht innerhalb der ARD lagen auf der Hand. Dann entschieden sich aber Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen zur Gründung des Mitteldeutschen Rundfunks.

Zur Disposition standen also noch Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Am 25.6.1991 unterzeichneten Diepgen und der damalige brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe den Staatsvertrag über die Norddeutsche Rundfunkanstalt (NORA); der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Prof. Dr. Alfred Gomolka, scherte aus und wandte sich dem Norddeutschen Rundfunk zu.

Daraufhin entschied sich die Mehrheit der Brandenburger Landespolitiker, einen rundfunkpolitischen Alleingang zu starten. In Berlin hatte sich die CDU im Falle eines Scheiterns von NORA für den SFB als Hauptstadtssender ausgesprochen.

²⁹¹ Vgl. "Der Weg zum Rundfunk Berlin-Brandenburg", Eine Dokumentation, SFB 2003, S. 5

Am 25.9.1991 wurde vom Brandenburger Landtag das "Gesetz über den Rundfunk in Berlin und Brandenburg" verabschiedet, am 9.11.1991 wurde Prof. Hansjürgen Rosenbauer (WDR) zum Intendanten gewählt, der sich gegen den letzten DFF-Intendanten, Michael Albrecht, durchsetzte.

Das Programm, mit dem der Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg (ORB) Anfang 1992 auf Sendung ging, bestand aus einem Hörfunkangebot mit drei Wellen, einem ARD-Vorabendprogramm und einem Dritten Programm, das zunächst überwiegend Sendungen von ARD-Eins Plus übernahm. Für den Aufbau der Sendeeinrichtungen in Babelsberg erhielt der ORB von der ARD zwei zinslose Kredite in Höhe von 25 Mio. DM. Ein am 29.2.1992 von Eberhard Diepgen und Manfred Stolpe unterzeichneter Staatsvertrag sah eine enge Zusammenarbeit im Bereich des Rundfunks zwischen Berlin und Brandenburg vor.

Derweil startete der SFB nach der Kündigung des gemeinsamen Dritten Programms durch den NDR am 1.10.1992 ein eigenes Drittes Fernsehprogramm: B1. Es entwickelte sich rasch zum Vollprogramm, tagsüber in Kooperation mit dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR), an dem sich auch teilweise der ORB beteiligte. Abends sendete B1 ein eigenständiges Programm mit Informationen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport mit regionalem Bezug. Die am meisten gesehene Sendung war nach wie vor die Berliner Abendschau.

Ende 1992 einigten sich die Intendanten von ORB und SFB, zwei gemeinsame Hörfunkprogramme zu bestreiten: Radio B2 und FRITZ.

Am 28.8.1995 startete InfoRadio, ein gemeinsames Nachrichtenprogramm für Berlin und Brandenburg.

Weitere Kooperationen bestanden in der Zusammenlegung der Honorarabteilung und beim ARD-Vorabendprogramm mit "Aktuell - Berlin & Brandenburg".

Im Herbst 1997 kamen noch die Radio-Wellen Radio EINS und RADIO KULTUR hinzu.

Am 31.12.1997 schied Prof.Dr.Günther von Lojewski aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Amt. Ihm folgte am 16.2.1998 der bisherige Fernsehdirektor, Horst Schättle.

Unter Schättle und Programmdirektorin Barbara Groth wurden Abendschau-Ausgaben ab 7 Uhr morgens zu fast jeder vollen Stunde eingeführt. Durch ständiges Herstellen des Berlin-Bezugs in Moderationen und Programm sollte die Bindung der Berliner Zuschauer an den Sender intensiviert werden.

Mit der Rückkehr der Bundespolitik nach Berlin zog es auch die ARD in die neue alte Hauptstadt: am 22.5.1999 wurde in Kooperation von SFB und WDR das ARD-Hauptstadtstudio eröffnet. Zum Gründungsdirektor wurde SFB-Chefredakteur Jürgen Engert berufen.

Nach den Berliner Abgeordnetenhauswahlen im Oktober 1999, die erneut eine Große Koalition unter Führung der CDU hervorbrachte, wurde die Senderfusion von ORB und SFB vom SPD-Fraktionsvorsitzenden und Rundfunkratsmitglied Klaus Wowereit thematisiert. Wowereit sah die Fusion der Sender als zentrale Voraussetzung für die von der SPD angestrebte Länderfusion von Berlin und Brandenburg.

Auf Initiative des Medienbeauftragten für Berlin und Brandenburg, Bernd Schiphorst, wurden im Frühjahr 2001 erste informelle Gespräche zwischen den Intendanten von SFB und ORB geführt.

Der Bruch der Großen Koalition beschleunigte den Prozeß. Wowereit stellte bereits in seiner Regierungserklärung als Regierender Bürgermeister des rot-grünen Interimssenats die Senderfusion als eines der wichtigen zukunftsweisenden Projekte dar.

SFB-Intendant Horst Schättle befürwortete vor dem Rundfunkrat am 16.7.2001 das Zusammengehen der beiden Anstalten. Der Rundfunkrat verabschiedete den "Beschuß zur Zusammenführung von SFB und ORB" in Abwesenheit der CDU-Vertreter. Spätestens hier wurde klar, daß die Senderfusion ein politisches Projekt der SPD war, welches zur

Vorbereitung der eigentlich relevanten Länderfusion dienen sollte. Die im ersten Anlauf bei der Volksabstimmung an gegenseitigen Differenzen zwischen Brandenburger Landbevölkerung und Ost/Westberliner Stadtbevölkerung gescheiterte Länderfusion soll durch das Schaffen von Tatsachen, d.h. der Zusammenlegung von Institutionen und Behörden, erzwungen werden.

Nach einer Phase der Vorbereitung, in der beide Anstalten ihre Bedingungen postulierten, einigte man sich auf einen Staatsvertrag, der am 12.6.2002 vom Berliner Senat und am 9.10.2002 vom Brandenburger Landtag ratifiziert wurde²⁹². Er hat bis zum Jahre 2008 Gültigkeit.

Nach der Konstituierung des Rundfunkrats wurde am 24.3.2003 Dagmar Reim zur ersten Intendantin der neuen Sendeanstalt gewählt.

5.3 Zusammenfassung und Ausblick

Daß nach 40 Jahren das Experiment des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden scheiterte und die Deutschen nach 28 Jahren der Trennung ein wiedervereinigtes Volk sein würden, hatten zwar viele gehofft, aber die wenigsten vorausgesehen. Matthias Walden blieb es vorbehalten, im Anblick der Grenzanlagen 1961 zu prophezeien, daß die deutsche Teilung keinen Bestand haben würde. Die Gründe, warum der Ostblock unter Führung der Sowjetunion scheitern mußte, liegen klar auf der Hand: der Rüstungswettlauf mit dem Westen verschlang Milliarden einer Wirtschaft, die im Welthandel nicht wettbewerbsfähig war.

Auf der anderen Seite ist der Triumph des Kapitalismus ein Pyrrhussieg, denn er wird sicher nicht in der Lage sein, die Probleme der Globalisierung zu lösen.

Die beiden antagonistischen Systeme Kapitalismus und Kommunismus

²⁹² Vgl. "Der Weg zum Rundfunk Berlin-Brandenburg", Eine Dokumentation, SFB 2003, S. 33

standen sich 50 Jahre lang unversöhnlich gegenüber. 40 Jahre lang spielte Berlin die Rolle eines Faustpfandes in der Politik. Seit seiner Gründung am 12.11.1953 hatte der Sender Freies Berlin den Anspruch der "freien westlichen Welt" zu vertreten und diese Botschaft nach Ostberlin und Mitteldeutschland zu tragen. Der ehemalige Intendant Günther von Lojewski drückte dies folgendermaßen aus:

"...Der SFB...sollte den "Geist der Freiheit" rundum weit in die Sowjetzone hineinstrahlen und dazu beitragen, daß die Deutschen in Ost und West immer voneinander wußten und einander nie fremd wurden."²⁹³

Dabei war der eigene Sender für Berlin ein emanzipatorischer Akt gegenüber den westlichen Alliierten und dem Bundesgebiet, das durch den NWDR in Berlin vertreten war.

Der SFB erfüllte die ihm zugedachte Rolle als Frontstadtsender mit Engagement. Er berichtete zuverlässig über die politischen Ereignisse in der Stadt, aber auch über die weniger wichtigen Geschehnisse. Er war das Schaufenster des Westens für die Bürger aus dem Osten, die Kommentare von Walden, Schultz und Karas flimmerten auf den Bildschirmen der Wohnstuben in der DDR; im Gegenzug schauten sich die wenigsten Westbürger die ideologische Vorreitersendung des Deutschen Fernsehfunks, den Schwarzen Kanal, an. Auch die DDR-Bürger liebten ihren "Sudel-Ede" nicht, wie Karl-Eduard von Schnitzler genannt wurde. Die Geschichte des Sender Freies Berlin ist nicht zu vergleichen mit der anderer ARD-Anstalten, weil sie von Anbeginn die besondere Situation in der Stadt des Kalten Krieges widerspiegelte. Während man sich in der Bundesrepublik an den Errungenschaften des Wirtschaftswunders delectierte, war Berlin ein ständiges Pulverfaß. Nachdem durch den Mauerbau die Teilung zementiert worden war, befand sich Berlin in völliger politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Bundesgebiet. Der SFB

²⁹³ 40 Jahre SFB - Mit Tradition in die Zukunft, in: Hans Poelzig, Haus des Rundfunks, SFB 1994, S.7

hatte Durchhalteparolen für die Westberliner und Propaganda in Richtung Osten zu senden. Schon frühzeitig gab es allerdings in den Redaktionen des SFB SPD-nahe Kollegen, die der Meinung waren, daß man die Existenz des zweiten deutschen Staates anerkennen und in Verhandlungen eintreten müsse. West-Berlin sei nicht lebensfähig, es müsse Abkommen und Verträge auf dem ökonomischen und politischen Sektor geben. Dagegen stand die Linie der sogenannten Kalten Krieger, allen voran Matthias Walden, die sich mit der Teilung Deutschlands und der Hegemonie des Stalinismus über den zweiten deutschen Staat nicht abfinden und ihn auch nicht tolerieren wollten.

Die Auseinandersetzung zwischen den Blöcken bildete den politischen Hintergrund, in dem die Studentenbewegung entstand. In keinem anderen Klima hätte die eigentlich als universitätsintern gedachte Reformbewegung so gedeihen können wie in Berlin.

Zur ideologischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West hatte der SFB gemäß seinem Gründungs- und Programmauftrag grundlegend beigetragen. Alle Sendungen zunächst im Hörfunk und dann im Fernsehen waren darauf ausgerichtet, das kommunistische System zu kritisieren, die Vorzüge des Westens herauszustellen und für die Wiedervereinigung unter kapitalistischen Vorzeichen zu werben. Umgekehrt sahen Berliner Rundfunk und DFF es als ihre Aufgabe an, den Aufbau des Sozialismus in ganz Deutschland zu propagieren und den Klassenfeind zu bekämpfen. Mit der Teilung der Stadt wurde der ideologische Graben noch tiefer. Die Anforderung an den SFB lautete nun, Durchhalteparolen in beide Richtungen zu senden: den Bürgern in Ost- und Westberlin sollte der Eindruck vermittelt werden, daß die westlichen Alliierten sich mit dem Status quo nicht abfinden würden. Die Überlebensfähigkeit des von der DDR umzingelten Westberlin mußte immer wieder beschworen werden. Wenn Zweifel daran aufkamen, wurden Journalisten wie Matthias Walden bemüht, um in Sendungen wie "Wie geht es weiter in Berlin?"

nachzuweisen, daß es um die Stadt nicht so schlecht bestellt sei wie diejenigen glauben machen wollten, die eine Annäherung an den Ostblock favorisierten. Daß das Fernsehen in der Lage ist, zu manipulieren, führte Walden selbst in besagter Sendung vor. Doch auch im Rundfunk wurden alle Register gezogen, wenn es darum ging, den Hörer in eine bestimmte Richtung zu lenken. Die Auswahl der Original-Töne zum Bau der Mauer z.B. - es wurden schluchzende und weinende Menschen präsentiert - zielte darauf ab, Emotionen zu wecken. In der Fernsehsendung "Was wissen wir von Deutschland?", wurde unter dem Vorwand, das Nationalgefühl beschwören zu wollen, der Versuch unternommen, den anderen deutschen Staat zu diskreditieren. Dieser Kalte Krieg in Wort und Bild, wie ihn der SFB an der Seite des RIAS führte, trug zur Verhärtung der Fronten bei. Mit der Studentenbewegung, wie sie dann am 5.2.1966 das erste Mal in Form der Demonstration vor dem Amerika-Haus massiv in Erscheinung trat, kam zur kommunistischen Bedrohung von außen noch der Feind im Inneren hinzu. Die Abendschau schlug sich ohne Wenn und Aber auf die Seite der die Politik der Amerikaner verteidigenden Allianz aus Westberliner Bevölkerung und Senat. Schon im ersten Bericht über die Anti-Kriegs-Demonstration ließ der Reporter keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es sich nicht um freie Meinungsäußerung, sondern um einen Angriff auf die westlichen Werte handelte. Mit der Verurteilung der Aktion vor dem Amerika-Haus reihte sich der SFB in die einhellige Empörung in der Stadt ein und schürte im Konzert mit der Springer-Presse den Haß auf die Studenten. Die Stimme der Vernunft in Person des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt war zwar auch über den SFB zu hören, aber bei der Zusammenfassung der Übertragung aus dem Abgeordnetenhaus zu den Ausschreitungen vor dem Amerikahaus wurde der Argumentation der CDU deutlich mehr Raum gelassen. Diese hatte dem Regierenden Bürgermeister und seinem Innensenator Handlungsunfähigkeit und zu große Nachsicht den Demonstranten gegenüber vorgeworfen.

Konsterniert war die Abendschau auch, als anlässlich des Besuchs von Vizepräsident Humphrey im April 1967 Studenten auf die Straße gingen. Letztere wurden kurzerhand für politisch unzurechnungsfähig erklärt, die pro-amerikanischen Plakate Spalier stehender Bürger dafür umso größer ins Bild gerückt.

Der Schah von Persien war für die Abendschau ausschließlich ein Staatsgast, den es zu hofieren galt. Aufgrund des besonderen Status Berlins war jeder Staatsbesuch für die Stadt von großer Bedeutung. Die Kritik der Studenten am Schah-Regime kam Politik und Medien höchst ungelegen. In der Abendschau vom 3.6.1967 war der Abflug des Kaiserpaares die wichtigste Meldung, der Tod Benno Ohnesorgs rückte in den Hintergrund. Der Polizeibeamte, der den tödlichen Schuß abgegeben hatte, wurde damit entschuldigt, daß er sich von den Demonstranten bedrängt gefühlt habe. Die Abendschau schlug sich eindeutig und kritiklos auf die Seite der staatlichen Organe.

An dieser Stelle, nämlich anlässlich des Todes Benno Ohnesorgs, begann der SFB, sich in einen progressiven und einen konservativen Teil zu spalten. Der SFB-Hörfunk und das Dritte Fernsehprogramm boten den Studenten eine Möglichkeit der Gegenöffentlichkeit. Sie nahmen Diskussionen ins Programm, bei denen die Anliegen der Studenten behandelt und durch sie vertreten wurden. Während die Abendschau dazu beitrug, die Fronten zu verhärten und die Vorurteile der Berliner Bevölkerung gegenüber den Studenten zu stärken, ließen Hörfunk und Drittes Programm die Studenten selbst zu Wort kommen und versuchten, den Ursachen der Unruhen auf den Grund zu gehen.

Auch in der ARD war der SFB mit gegensätzlichen Positionen präsent: in seinem ARD-Kommentar zum Thema "Gibt es einen heißen Sommer in Berlin?" ließ Peter Schultze Verständnis für die Studenten erkennen und monierte das durch die Springer-Presse erzeugte Klima in der Stadt. Matthias Walden hingegen kritisierte in seinen Kommentaren

hauptsächlich den Radikalismus und Extremismus der APO. In der Deutschland-Frage blieb er bei seiner Überzeugung, daß die politische Anerkennung der DDR einer Kapitulation gleichkäme und die Wiedervereinigung unter freiheitlich-demokratischen Vorzeichen verhindern würde.

Die unnachgiebige Haltung Waldens zu Verhandlungen mit dem Ostblock brachte ihm den Ruf des Kalten Kriegers ein. Für die APO war er gar ein Nazi, weil dieses Feindbild ihrer Ansicht nach am ehesten zur Charakterisierung eines Kritikers aus dem bürgerlichen Lagers taugte. Der wesentliche Vorwurf Waldens gegenüber den Studenten war der des Autoritarismus einer Minderheit. In Waldens Fahrwasser war Herbert Hausen zu finden, der der APO ebenfalls Intoleranz gegenüber Andersdenkenden sowie die Ablehnung der Demokratie zugunsten autoritärer Führungsfiguren vorwarf. Diese beiden konservativen Flaggschiffe des SFB und die konstant contra Studentenbewegung berichtende Abendschau machten den Ruf des Senders bei der APO aus. Wären nicht aber andererseits Gesprächsangebote und Signale der Solidarität aus dem Hörfunk und dem linken Dritten Fernsehprogramm gekommen, hätten Enzensberger & Co wohl kaum gewagt, beim SFB Sendezeit einzufordern. Diese ambivalente Einschätzung des SFB teilte, wenn auch auf andere Weise, die Berliner Bevölkerung. Der "Rotfunk", das war der progressive Hörfunk sowie das Dritte Programm. Worin sich die Mehrheit der Zuschauer wiederfand, war die Berliner Abendschau. Die Kooperation zwischen Abendschau und Staatsgewalt war seit Beginn der Studentenunruhen selbstverständlich und beinhaltete regelmäßige Konsultationen zwischen Chefredaktion und Polizei.

Auf das Attentat auf Rudi Dutschke reagierten Hörfunk und Abendschau wieder grundverschieden. In SFB 3 war es selbstverständlich, daß die außerordentliche Tagung in der TU übertragen wurde. Die APO hatte somit Gelegenheit, öffentlich das von der Springer-Presse gelenkte geistige

Klima in der Stadt für das Attentat verantwortlich zu machen. In der Abendschau hingegen gab es nur einen kurzen Bericht über den Tatort, zu dem, wie bereits erwähnt, kein Kommentar-Ton erhalten ist. Dafür wurde in der Folge umso mehr mit dem Unterton des Unverständnisses über die Demonstrationen des SDS berichtet. Wie Sebastian Haffner in seinem Kommentar im "Berliner Fenster" feststellte, wurden hier wieder sehr schnell das Opfer und seine Sympathisanten zu Tätern gemacht. Die Empörung in der Stadt galt nicht dem Attentäter und all jenen, die Dutschke schon verbal bedroht hatten, sondern den Studenten, die für den "Staatsfeind No. 1" auf die Straße gingen.

Aus Sicht der Studenten war es eine logische Konsequenz aus der Tatsache, daß der Springer-Konzern in Westberlin sein Meinungsmonopol mißbrauchte, dem etwas entgegensetzen, indem man sich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bediente. Der Intendant des SFB konnte und wollte aber auf die Forderung der APO nach einer Stunde Sendezeit nicht eingehen. Dies hatte, obschon von den Studenten unterstellt, nichts damit zu tun, daß der Sender rechts gewesen wäre, weil er einen Matthias Walden beschäftigte oder in der Abendschau gegen die APO Stellung bezog. Vielmehr war der Intendant ein liberaler Demokrat, der nach seinem Verständnis dem Druck einer gesellschaftlichen Gruppe nicht nachgeben durfte. Seine Argumentation, daß er sonst anderen Gruppen diesen Raum auch hätte geben müssen, basierte auf der Satzung des SFB als öffentlich-rechtlicher Anstalt. Andererseits ist auch verständlich, daß die APO den bürgerlichen Medien mit Argwohn entgegentrat. Die von Barsig dementierte Unterstellung, bei der Übertragung der Kundgebung sei gekürzt worden, zeigt, daß die Rundfunkkommission erkannt hatte, wie man in Hörfunk und Fernsehen durch Schnitte, Weglassen und Montage manipulieren kann. Ein anschauliches Beispiel dafür war die Abendschau vom 4. November 1968, in der über die "Aktion der APO bei Mahler-Verhandlung" berichtet wurde. Der Beitrag hatte eine Länge von 2'20", es wurde aber sicher

während der gesamten Demonstration, die über zwei Stunden dauerte, gedreht. Ziel des Berichtes war, die Eskalation der Gewalt durch die APO darzustellen. Dies wird bewirkt, indem Szenen aneinandergeschnitten wurden, die die Polizei als Opfer zeigen, wohingegen die Szenen, in denen Polizisten mit Schlagstöcken auf Demonstranten einprügeln, nicht zu sehen sind. Diese Art der Berichterstattung hatte zur Folge, daß die Vorurteile der Berliner gegenüber den Studenten nicht nur bestätigt, sondern noch verstärkt wurden.

Die Tatsache, daß die meisten Studenten, die an die Freie Universität Berlin kamen, dies in der Absicht taten, dem in der Bundesrepublik obligatorischen Wehrdienst zu entgehen, trug dazu bei, daß sich die Bewegung nicht mit dem zentralen Problem der Stadt, der Teilung, identifizieren konnte und damit von vornherein keine Basis in der Bevölkerung hatte. In deren Augen waren diese Studenten sowieso "Drückeberger".

Ein Student, dessen Name für die APO stand, machte eine Ausnahme, da er aus dem Osten kam. Rudi Dutschke war Anti-Stalinist und Verfechter der Wiedervereinigung. Allerdings beging er in den Augen der Berliner den unverzeihlichen Fehler, die Amerikaner, denen sich die Stadt zu ewigem Dank verpflichtet fühlte, zu kritisieren.

Die Politisierung der Studentenbewegung und die Fokussierung auf internationale Themen war ein für Politiker, Bevölkerung und Medien nicht nachvollziehbarer Vorgang. Die Springer-Presse, die in Berlin eine fast monopolistische Stellung innehatte, sah sich als ersten Verbündeten der Amerikaner und Israelis. Die Verarbeitung der jüngsten deutschen Vergangenheit geschah hier auf ganz andere Weise als in der studentischen Generation, die zunächst damit beschäftigt war, die Generation der Väter auf die Anklagebank zu setzen und die Nicht-Aufarbeitung des Nationalsozialismus anzuprangern. An dieser Stelle deckte sich die Intention eigentlich mit der Position eines bürgerlichen

Liberalen wie Matthias Walden. Eine unbefangene, gar objektive Analyse auf solche Gemeinsamkeiten hin war in der aufgeheizten Atmosphäre der Bewegung nicht möglich. Dazu trug bei, daß Walden inzwischen nicht nur für den SFB, sondern auch für den Springer-Verlag arbeitete, und zwar als Kommentator der *Welt*.²⁹⁴

Welche Differenzen und Vorurteile auch zehn Jahre danach noch die Diskussion beherrschten, zeigt eine Sendung des österreichischen Fernsehens aus dem Jahre 1978, an der unter der Leitung von Günther Nennung Rudi Dutschke, Daniel Cohn-Bendit, Kurt Sontheimer und Matthias Walden teilnahmen.²⁹⁵

Zu diesem Zeitpunkt war, wie Dutschke und Cohn-Bendit immer wieder betonten, eine solche Sendung im deutschen Fernsehen undenkbar. Kurz nach dem Deutschen Herbst wurde der Linken, auch im als "rot" verschrieenen Dritten Programm von NDR und SFB, kein Forum mehr geboten.

Die Sendung mit dem Titel "Die Linke lebt" versuchte eine Rekonstruktion der Studentenbewegung und eine Standortbestimmung der deutschen Linken. Dabei waren die Gräben zwischen den Diskutierenden - auf der einen Seite Duschke und Cohn-Bendit, auf der anderen Seite Matthias Walden und Kurt Sontheimer - so tief, daß trotz inhaltlicher Gemeinsamkeiten keine Versöhnung stattfand. Dutschke, der sich nach der schweren Verletzung wieder ins Leben zurückgekämpft hatte, war in der Bundesrepublik persona non grata und überdies von den alten Kompatrioten aus der Studentenbewegung enttäuscht. Cohn-Bendit probierte sich in dieser Zeit als Buchhändler in Frankfurt. Walden schrieb nach wie vor neben seiner journalistischen Tätigkeit beim SFB Kommentare für Springers *Welt*, was das Vorurteil gegen ihn zu bestätigen

²⁹⁴ Matthias Walden wurde 1980 Mitherausgeber der *Welt*

²⁹⁵ Vgl. Rudi Dutschke - Die Revolte, hrsg. v. Gretchen Dutschke-Klotz, Jürgen Miermeister und Jürgen Treulieb, S. 264 und ff.

schien. Professor Sontheimer lehrte seit 1969 am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München.

Diskutiert wurde wiederum die Gewaltfrage, die Frage nach den Wurzeln des Terrors, die Definition von Terror.

In diesem Zusammenhang wurde nochmals die Verantwortlichkeit des Springer-Verlags für das Attentat auf Dutschke angesprochen. Walden rechtfertigte sich mit dem Hinweis auf den Fernsehkommentar, den er nach dem Attentat im SFB sprach:

“Die Nachricht von dem Attentat auf Rudi Dutschke ist schrecklich und erschreckend. Hier ging es nicht mehr um die Frage nach Toleranz und Intoleranz, von Mäßigung und Radikalität, sondern um einen Mordversuch, der auch und gerade die Gesinnungsgegner des Opfers jetzt an seine Seite treibt. Zwar ist noch ungewiß, ob der Täter ein Wahnsinniger war oder ob er politisch-kriminelle Motive hatte, aber immerhin liegt der Verdacht für die zuletzt genannte Möglichkeit nahe. Es gibt kein politisches Motiv, das physischer Gewalt, geschweige denn Körperverletzung, Totschlag oder Mord auch nur den Anschein einer Rechtfertigung geben könnte. Rudi Dutschke hat nichts, aber auch gar nichts getan, was einen Anschlag auf sein Leben oder seine Gesundheit herausgefordert hätte.”

Der zweite Komplex war das Verhältnis der Studenten zur Arbeiterklasse. Dutschke zu Walden: “Sie haben immer über die Studentenbewegung geschrieben, und niemand hat geredet über die soziale Bewegung von Jungarbeitern und anderen sozialen Schichten, die dabei waren, die aber keine Sprecher hatten. Darum wurde über sie nicht berichtet. Das ist jene historische Unwahrheit, die man x-fach feststellen kann...”

Walden: “Das hab ich ganz anders in Erinnerung! Ich hab die Arbeiter in - aus Ihrer Sicht - zu geringer Zahl an Ihrer Seite gesehen. Das war ja Ihr Problem.”

Dutschke: “Ich rede ja nicht von *den* Arbeitern. Ich meine eine bestimmte historische Generation, die plötzlich eine Situation vorfand, wo sie

durchbrechen konnte, genauer gesagt: durchbrechen mußte. Politisch, ökonomisch...”

In diesem Stil vollzog sich die ganze Diskussion. Egal, was von einer Seite angesprochen wurde - es wurde von der anderen Seite negiert. Walden warf der Studentenbewegung vor, den Weg zur Gewalt geebnet zu haben. Dutschke antwortet darauf, daß es noch einen anderen Gewaltbegriff gebe, nämlich den der strukturellen Gewalt. In Bezug auf den “Mescalero” waren sich nicht mal Dutschke und Cohn-Bendit einig; letzterer unterstützte ihn, Dutschke hingegen nicht.

Dann kam die Diskussionsrunde auf die klassische Frage nach dem Tyrannenmord zu sprechen: ist in diesem Fall Gewalt gerechtfertigt oder nicht? Mindestens in dieser Frage herrschte - fast - Konsens; allerdings sagte Cohn-Bendit, daß er zum Tyrannenmord aufrufen würde, wohingegen Walden dies ablehnte.

Beim Thema Schleyer, Buback, Ponto und Drenckmann beschwerte Dutschke sich darüber, daß Walden ihm unterstelle, daß er sich in irgendeiner Form mit den Morden identifiziere. Walden bezog sich darauf, daß Cohn-Bendit gesagt habe, daß die RAF aus der Richtung der Studentenbewegung gekommen sei.

Das Verhältnis zum Nationalsozialismus war ein weiterer Punkt der Debatte, aufgehängt an einem gerade aktuellen Fall. Der Schriftsteller Rolf Hochhuth hatte aufgedeckt, daß der CDU-Politiker Hans Filbinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, an Todesurteilen bei NS-Kriegsgerichtsverfahren mitgewirkt hatte.

Dutschke (zu Walden): “Haben Sie mit Filbinger keine Problematik in Ihrer Moralität?”

...Walden:” Ich habe jahrelang Fernsehsendungen gemacht, die sich genau mit den alten Nazis in den hohen Rängen von CDU-Regierungen polemisch bis zur äußersten Schärfe und Härte auseinandergesetzt haben. Ich habe die dafür Verantwortlichen ins Studio eingeladen, als sie nicht

kamen, leere Stühle hingestellt. Ich habe einen General haben wollen, der mir erklärt, warum alte Nazi-Generale, die sich mit Hitler über einen Kartentisch gebeugt haben, in der Bundeswehr wieder Dienst tun konnten...Ich galt damals übrigens als Linker, natürlich bei den Rechten...Ich war der Meinung, daß Kiesinger als ehemaliges NSDAP-Mitglied nicht hätte Bundeskanzler werden sollen. Ich bin der Meinung, daß Kiesinger zurücktreten soll."

Dutschke: "Umso besser für Sie. Aber dennoch nimmt das den Punkt nicht weg, warum Sie uns gegenüber so auftreten. Uns als Repräsentanten betrachten für eine Richtung, die als Resultat das gebracht hat, was hin und wieder in Erscheinung tritt."

Sontheimer gestand ein, daß er die Studentenbewegung, die er durchaus mit Wohlwollen betrachtet hatte, eigentlich unterschätzt habe:

"Für mich ist die Perspektive, daß ein Teil der Intellektuellen, die in diese Richtung gegangen sind, durch Diskussionen, weitere Bemühungen..."

Dutschke:"...zurückgewonnen werden."

Sontheimer:"...zurückgewonnen werden, genau das. Zur Idee der verantwortlichen Demokratie, der legitimen Demokratie, wie wir sie im Grundgesetz im Grunde gewollt haben."

Auch in der Frage des Liberalismus waren die Diskutanten nicht einer Meinung. Walden:

"...Ich bin nicht Liberalist und bin natürlich auch nicht Sozialist. Meine Überzeugung ist, daß - um den Alten Fritz zu zitieren - jeder nach seiner Fassung selig werden soll."

Nenning: " S' is a Liberalismus."

Dutschke: "Ja!"

Walden: "Dazu bedarf es bestimmter Spielregeln. Die Spielregeln sind Werte an sich, weil sie ein kulturelles Niveau schaffen, auf dem die Selbstverwirklichung des einzelnen überhaupt erst geschehen kann."

Dutschke: "Aber wenn Werte brechen, wie sieht's dann mit den Spielregeln

aus, werden die dann überhaupt noch eingehalten?”

Walden: “Ich sehe keine verbindliche Wertsetzung durch den Staat oder die Gesellschaft. Sondern es hat jeder einzelne Mensch das gute Recht, seine eigenen Werte herauszufinden und zu verwirklichen.”

Dutschke:” Das ist ja reiner Individualismus - wo Werte gar nicht mehr gesellschaftlich gebildet werden, sondern jeder macht es, wie es ihm gefällt. Damit ist Gesellschaftlichkeit beseitigt.”

Die Diskussion in voller Länge wiederzugeben, ist an dieser Stelle nicht möglich; es sollte aber ein kleiner Eindruck vermittelt werden von einem Diskurs, der schon 1967/68 widersprüchlich geführt wurde und auch in der Neuauflage keine wirkliche Annäherung brachte.

Der in die rechte Ecke gestellte Matthias Walden vertrat Positionen des libertären Anarchismus gegen den konsequent marxistisch denkenden Dutschke - ein interessanter philosophischer Schlußstrich unter eine Dekade, in der viele Auseinandersetzungen zwischen den Protagonisten auf publizistischem Terrain stattfanden.

Wie wichtig die Medien in der modernen Gesellschaft sind, hatte die Studentenbewegung schnell erfaßt. Auf der einen Seite gab es die negative Erfahrung der Ohnmacht, als das Springer-Monopol in Berlin, sekundiert von konservativen Zeitungen wie der *FAZ* in der Bundesrepublik, gegen die Studenten hetzte und sie einer hysterischen Berliner Bevölkerung auslieferte.

Auf der anderen Seite merkten die Studenten schnell, daß sie zumindest in Rundfunk und Fernsehen eine Chance hatten, sich zu artikulieren. Auch wenn die Berichte über sie in der Abendschau negativ waren, so wurden ihre Forderungen durch Transparente und Sprechchöre in Bild und Ton transportiert und dadurch der breiten (wenn auch unwilligen) Masse zugänglich gemacht. Immer wieder sah sich die APO in der These bestätigt, daß ohne Aktionen, d.h. Demonstrationen, Streiks und

Happenings, ihrem Anliegen keine Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Und - und dies hat leider immer mehr Gültigkeit - daß Journalismus von Sensationen und Negativ-Schlagzeilen lebt. Die besonders perfide Art der Springer-Presse, die des öfteren bis zur Ehrenrührigkeit geht, findet damals wie heute ihre Opfer.

Es ist dem SFB zugute zu halten, daß er während der Studentenbewegung seinen Anteil an der Schaffung von Gegenöffentlichkeit hatte. Er brachte aufklärerische Elemente in vielen Sendungen wie der Literarischen Illustrierten, Berliner Fenster, Das Thema, Kultur kontrovers. Es gab neugierige Journalisten wie Ernst Schnabel, der die Redaktion und Moderation der Sendung "Studenten an der Freien Universität" inne hatte. Es gab einen Hans-Werner Kock, der bei der Rundfunkdiskussion um die Vorfälle an der Deutschen Oper und den Tod von Benno Ohnesorg konsequent nachfragte. Hans Magnus Enzensberger war Autor für den Hörfunk, Sebastian Haffner kommentierte von links.

Ende der sechziger Jahre saß der SFB zwischen allen Stühlen: für die Springer-Presse und große Teile der Berliner Bevölkerung war er der "Ulbricht-Sender", während er für die APO der "Frontstadtssender" blieb, der Leute wie Matthias Walden und Herbert Hausen beschäftigte. In der Tat hatte der SFB von beidem etwas: vom Frontstadtssender und vom "Rotfunk". Zu Beginn seiner Karriere war die Vorgabe klar: er sollte für die Bürger in der Zone senden und dorthin die Botschaft der freien westlichen Welt verkünden.

Davon zeugten Sendungen des Typus "Wir sprechen für die Zone". Journalisten wie Matthias Walden standen für eine Politik des ungeteilten Deutschland und eine Verurteilung des totalitären Systems der DDR. Vor dem Mauerbau herrschte diesbezüglich mehr oder weniger Konsens im Sender; nach der endgültigen Teilung erhoben sich bald Stimmen, die West-Berlin für nicht überlebensfähig hielten und für eine Kooperation mit dem Osten votierten. Für diese Richtung stand Hans-Dieter Jaene. Ob

man ihn und seine Gesinnungsgenossen deswegen als fünfte Kolonne Ulbrichts bezeichnen konnte, sei dahingestellt.

Bei den ideologischen Kontroversen während der Studentenbewegung war der SFB das einzige Medium in der Berliner Presselandschaft, das die Studenten selbst zu Wort kommen ließ und sich mit ihren Anliegen auseinandersetzte. Aus der Perspektive von Springer und der von ihm indoktrinierten Bevölkerung vereinigten sich die kritischen Studenten, die man undifferenziert als prokommunistisch im Sinne der DDR verteufelte, mit den Aktivitäten des SFB, der eine gewisse Linkslastigkeit nicht verhehlen konnte. Dennoch hatte er auch in dieser Zeit seine konservative Bastion in Gestalt von Journalisten wie Hanel und Lenz, an denen sich wiederum die Linke rieb. Der Lieblingsfeind der APO blieb aber Matthias Walden, der aus seiner Isolierung innerhalb des Senders Konsequenzen zog und als Redakteur und Kolumnist zu Springers *Welt* wechselte. Die Heterogenität des Senders zeigte sich auch im Umgang mit der APO, als Intendant und Rundfunkrat im April 1968 das Gespräch mit den Studenten suchten und damit fortschrittlicher waren als der Personalrat, der dieses ablehnte, weil er Übergriffe der Studenten befürchtete.

Die Abendschau hatte über alle Jahre hinweg seit ihrer Gründung im Jahre 1958 eine politisch mitgestaltende Rolle in der Stadt. Sie vermittelte medial das, was Westberlin war: das Schaufenster des Westens. Sie zeigte den Menschen in Ostberlin, was den Westen scheinbar ausmachte: Prosperität, Meinungs- und Reisefreiheit, kurzum die Überlegenheit des kapitalistischen Systems gegenüber dem Kommunismus. Als die Studenten anfangen, den Kapitalismus zu kritisieren und mit dem Kommunismus zu kokettieren, war vollkommen klar, daß sowohl die Berliner Politik als auch Bevölkerung und Medien gegen sie eingestellt waren. Als "Sendung für die Berliner" trug die Abendschau diese Haltung mit. Ein gutes Verhältnis zu Senat und Polizei war dabei Voraussetzung. Der Regierende Bürgermeister, der Innensenator, der Polizeipräsident, sie

alle kamen auch direkt in der Abendschau zu Wort. Interviews wurden bis Anfang der achtziger Jahre nie mit kritischem Unterton geführt; die SFB-Journalisten waren eher Stichwortgeber der Politiker.

Sämtliche Beiträge, die sich inhaltlich mit der Studentenbewegung befaßten, waren "gefärbt", d.h. sie warfen den Studenten politische Unzurechnungsfähigkeit, Rowdytum, Anarchismus und Anti-Amerikanismus vor. Sie unterstellten der Linken eine direkte Verbindung zu totalitären Staaten und undemokratische Tendenzen. Dabei wurde auf Schlagwörter zurückgegriffen, die das Schubladendenken vorantrieben. Die Bildberichterstattung zeigte mit Vorliebe Szenen des Vandalismus, ohne sich inhaltlich mit den Anliegen der Demonstranten auseinanderzusetzen. Dies entsprach auch der Haltung der Mehrheit in der Stadt: man wollte seine Ruhe und keine Kritik an den bestehenden Verhältnissen.

Erst ab Anfang der achtziger Jahre wehte ein neuer Wind bei der Abendschau. Eine junge Generation von Reportern, wie Klaus Strebe oder Robin Lautenbach, begann, einen anderen Ton anzuschlagen. Über die Hausbesetzerbewegung wurde von ihnen in einer Weise berichtet, die sich deutlich von der Haltung der sechziger Jahre gegenüber Protestbewegungen unterschied. Auch von Seiten der Redaktionsleitung wurden den Besetzern gegenüber ein gewisses Verständnis entgegengebracht. Allerdings hörte das Verständnis auf, als es darum ging, daß Hausbesetzer Pressekonferenzen abhielten und diese auch, zumindest ausschnittsweise, von der Abendschau übertragen wurden. Der Versuch, die Sendung mit Gert Ellinghaus als neuem Leiter zu modernisieren und von ihrer Piefigkeit zu befreien, scheiterte an den Gewohnheiten des Berliner Publikums. Mit Arvid Wahl kehrte man zur traditionellen Abendschau zurück, passend zu den achtziger Jahren, in denen, nachdem sich die Hausbesetzerbewegung und die Linke in Gestalt von AL und Grünen etabliert hatte, nichts passierte und die überwiegend

von Langeweile geprägt waren.

Dann fiel die Mauer - 28 Jahre nach der Teilung der Stadt und 36 Jahre nach Gründung des Senders Freies Berlin. Die Maueröffnung wurde in der Abendschau verkündet und begrüßt. Die Wiedervereinigung stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf der Tagesordnung und wurde von der SPD eher skeptisch gesehen. Die Partei, insbesondere ihr damaliger Vorsitzender Oskar Lafontaine, wollte es bei einem zweiten deutschen Staat und einer Art Föderation zwischen BRD und DDR bewenden lassen. Durch die katastrophale wirtschaftliche Lage im Osten waren Währungseinheit und Wiedervereinigung dann doch zwingend. In den folgenden Jahren hatte Berlin die zweifellos schwierige Aufgabe, zusammenzuwachsen und seine Bedeutung als Hauptstadt wiederzuerlangen; der SFB bemühte sich, seinen Teil dazu beizutragen, hatte aber Probleme mit der neuen Standortbestimmung. Seine Akzeptanz im ehemaligen Ostteil der Stadt war gering; die Indoktrination des Berliner Rundfunks und des DFF wirkten nach. Die Ost-Zuschauer fühlten sich vom ehemaligen Frontstadtsender-West nicht repräsentiert. Daher gab es seit der Abwicklung des DFF das Bestreben, wieder einen eigenen Ost-Sender zu haben, was zur Gründung des ORB im Jahre 1991 führte. Der ORB kümmerte sich fortan um die Belange der Brandenburger Landbevölkerung, wohingegen der SFB versuchte, die Rolle des Hauptstadtsenders auszufüllen.

In den 90er Jahren gab es zwei politische Ereignisse, die für die Stadt von Belang waren und von der Abendschau unterschiedlich bewertet wurden. Die Bewerbung Berlins als Ausrichter der Olympischen Spiele 2000 wurde positiv gesehen und in jeder Weise unterstützt. Dabei war man sich offensichtlich über die Ränkespiele zwischen DLV und NOK nicht im klaren, sonst hätte man die Aussicht auf Erfolg realistischer eingeschätzt. Von langfristigerer Dauer war die Wirkung des Bankenskandals auf die Berliner Politik. Die Aufdeckung der Mißwirtschaft und des Betruges um die

BerlinHyp führte zum Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters. Diepgen hatte sich zu spät von seinem Parteivorsitzenden Landowsky distanziert, der eine ungeklärte Rolle in diesem Skandal spielte. Seitdem hat die CDU sich nicht mehr in Berlin profilieren können. Der SPD hatte man den Filz, der 1982 zu ihrer Ablösung führte, inzwischen verziehen.

Am 16.6.2001 wurde Klaus Wowereit mit den Stimmen von Grünen und PDS zum Regierenden Bürgermeister gewählt. Auch im SFB-Rundfunkrat fand eine Wachablösung statt: Landowsky hatte dort bis zu seinem Rücktritt alle Fäden gezogen, nun nutzte Wowereit als Rundfunkratsmitglied die Chance zur Durchsetzung seiner politischen Vorstellungen und bereitete von dort aus die Fusion von SFB und ORB vor. SFB und Abendschau begleiteten den Bankenskandal mit einer kontinuierlich kritischen Berichterstattung, die der Stimmung in Berlin entsprach. Von "Enthüllungsjournalismus" kann aber nicht die Rede sein; vielmehr wurde repetiert und reproduziert, was die Berliner Presse, allen voran *taz* und *Tagesspiegel*, an Erkenntnissen recherchiert hatte.

Auf der Führungsebene des Senders gab es seit der Amtszeit von Lothar Loewe einen Kurswechsel in die konservative Richtung. Dies deckte sich allerdings nicht mit der Einstellung der Belegschaft. Diese hatte den Stil des Senders verinnerlicht, wie er in der Person von Franz Barsig verkörpert wurde, der sich z.B. der Diskussion mit Vertretern der APO stellte - ebenso wie Dr. Wolfgang Haus, der versuchte, den Angriff auf die Pressefreiheit abzuwehren, als die Polizei auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Videomaterial beschlagnahmte.

Moderatoren wie Harald Karas waren zwar konservativ, aber immer bemüht, journalistische Fairneß walten zu lassen. Matthias Walden, dem "Lieblingsfeind" der Linken, sind hervorragende Dokumentationen zu verdanken wie "Die Mauer" oder "Ein Tag im Leben des Willy Brandt". Dank seiner journalistischen Kompetenz konnte Intendant Horst Schättle²⁹⁶

²⁹⁶ Horst Schättle war unter von Lojewski Programmdirektor und von 1998 bis zur Fusion 2003 Intendant des SFB

die Sondersendung zur Wiedervereinigung moderieren. Er stand für einen progressiven, aufgeschlossenen Sender.

Die Vielfältigkeit der Positionen im SFB waren Garantie dafür, daß Programm im Sinne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gemacht wurde. Das Pendel der offenen oder versteckten Meinung schlug mal nach links aus, wie bei vielen Hörfunksendungen, mal nach rechts, wie bei vielen Abendschau-Beiträgen. In der Summe hoben sich die Tendenzen auf, obwohl man davon ausgehen kann, daß die Wirkung des Mediums Fernsehen und die Reichweite der Abendschau größer war als die der Hörfunksendungen. Wichtig war aber, daß es ein alternatives Angebot gab. Als 1977/78 die Sympathisanten-Diskussion geführt wurde, versteckte sich der Sender nicht. Die Moderatoren diskutierten offen über Zensur und Selbstzensur.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der SFB seit seiner Gründung als Frontstadtssender eine maßgebliche Rolle für die Meinungsbildung in der Stadt spielte. In den ersten Jahren war es der Rundfunk, der mit Sendungen wie "Rund um die Berolina" und "Wir sprechen für die Zone" den Boden bereitete, indem er die Zuhörer durch eine Mischung aus Ratgeber-, Unterhaltungs- und Informationssendungen im westlichen Sinne indoktrinierte. Laut seines Chefredakteurs Rolf Menzel hatte der SFB die Aufgabe, mit Sendungen wie "Hier spricht Berlin" die "Vorgänge in Mitteldeutschland für Hörer aus der Zone aus westlicher Sicht zu deuten und zu kommentieren".²⁹⁷ Dazu gehörte auch juristischer Rat für die DDR-Bürger und die "Lieferung von Argumenten in der täglichen Auseinandersetzung mit der SED". Seit der radikalen Reisebeschränkung würde es "immer wichtiger, den Mitteldeutschen die Vergleichsmöglichkeiten zu erhalten".²⁹⁸ Ton und Stil der Auseinandersetzung mit der SED-Politik solle sich schon in der Form von Presse und Funk der Zone unterscheiden.

²⁹⁷ SFB-Jahrbuch 1957/58, Editorial S. 17

²⁹⁸ Ebd.

1958 wurde mit der Berliner Abendschau ein regelmäßiges Fernseh-Regionalprogramm eingeführt. Dadurch bot sich eine hervorragende Möglichkeit, über die Geschehnisse in der Stadt in Wort *und* Bild zu berichten. Nach Aussage des Jahrbuchs von 1959 arbeitete der Berliner Zuschauer, für den ja dieses Programm gemacht würde, "durch wohlwollende und konstruktive Kritik maßgeblich am Format der Berliner Abendschau mit".²⁹⁹ Neben den gängigen Themen wie Polizeisportfesten, Ausstellungen und Zoo-Geschichten wurde von Beginn an der Blick nach Osten gerichtet. Die Deutschland-Politik war ebenso wie die Berlin-Politik der Bundesregierung und der Alliierten von besonderem Interesse. Alle politischen Treffen und Manöver, die die Stadt betrafen, wurden von der Abendschau aufmerksam bis argwöhnisch verfolgt. Für das Jahr 1958 gehörten zu den Sonderaufgaben, die von der Berliner Abendschau zu erfüllen waren, "die tägliche Kommentierung der Ereignisse während der Genfer Konferenzen, die Sondersendungen zur Wahl am 7. Dezember 1958 sowie tägliche Berichte von der Industrierausstellung, den Filmfestspielen und den Berliner Festwochen".³⁰⁰ Im September 1959 war es der USA-Besuch Chruschtschows, der von der Abendschau beobachtet und zwiespältig aufgenommen wurde. Einerseits erhoffte man sich davon eine Annäherung der beiden Blöcke, andererseits befürchtete man Abmachungen, die zum Nachteil West-Berlins reichen könnten. Hier befand sich der SFB in der Rolle des Zuschauers - ohnmächtig wie Westberlin selbst verfolgte er, was sich auf der internationalen Bühne im Ost-West-Konflikt tat. Eine aktive Rolle hatten die Abendschau und Sendungen wie das "Mitteldeutsche Tagebuch" hingegen, was die Indoktrination der Bevölkerung anging. Den Ost-Berlinern wurden in Permanenz die Vorteile des westlichen und die Nachteile des östlichen Systems vor Augen geführt. Einen idealen Aufhänger fand man in den wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten des DDR-Systems: der nicht zu

²⁹⁹ Ebd., S. 63

³⁰⁰ Ebd., S. 64

übersehende Mangel an Waren war ein Kritikpunkt der westlichen Propaganda. In der wöchentlichen Reihe "Nur eine Stunde von Berlin", die Bestandteil der Berliner Abendschau war, wurden filmische Wanderungen durch die Mark Brandenburg unternommen, um die Verbundenheit mit der "Zone" zu demonstrieren und bei den Zuschauern Heimatgefühle zu wecken.

Wie problematisch die innenpolitische Arbeit des Sender Freies Berlin gesehen wurde, legte der ehemalige Chefredakteur Rolf Menzel 1958 in seinem Editorial dar. Es gelte zu vermitteln, daß die Bundesrepublik nur ein Übergangsstaat bis zur Wiedervereinigung Deutschlands sei. Innenpolitik in Berlin bedeute mehr als "die Darstellung gesetzgeberischer Vorgänge in Bonn und in den Bundesländern, mehr als die Analyse einer parteipolitischen Entwicklung und mehr als die Kommentierung des Geschehens in den Grenzen der Bundesrepublik".³⁰¹ Viele Sorgen der Bundesbürger seien nicht identisch mit denen der Bevölkerung in der Zone und in Ostberlin". Innenpolitik heiße, die "Hörer eines Berliner Senders so umfassend am politischen Geschehen im Bundesgebiet teilnehmen zu lassen, als gehörten sie selbst zu den 54 Millionen, die dort ihr Schicksal frei gestalten können".³⁰² Der SFB sollte also die gesellschaftliche Realität im Westen so widerspiegeln, daß die Bürger der DDR und Ostberlin sich, wenn schon nicht in der Realität, so doch wenigstens ideologisch in der Bundesrepublik aufgehoben fühlten. Solange die "Zone unfrei und Berlin zerschnitten sei", gehörten die Hörer der politischen Sendungen des SFB "notgedrungen zu den unmittelbar Betroffenen aller Entwicklungen im Ost-West-Konflikt".³⁰³

Ständig ergössen "Publizistik und Propaganda der SED eine Flut tendenziöser Darstellungen über Rotationen und Mikrofone".³⁰⁴ Die Hörer des SFB in der "Zone und in Ostberlin" seien dem ausgesetzt und

³⁰¹ SFB-Jahrbuch 1957/58, S. 14

³⁰² Ebd.

³⁰³ Ebd.

³⁰⁴ Ebd.

erwarteten “von Westberlin über den Äther eine Behandlung außenpolitischer Ereignisse, die dieser besonderen komplizierten und belastenden Situation angepaßt”³⁰⁵ sei.

Dies war eine Kampfansage an das *Neue Deutschland* und den Berliner Rundfunk. Zu diesem Zeitpunkt, noch vor dem Bau der Mauer, tobte der Kalte Krieg im Äther und trug zur Eskalation des Konfliktes bei.

Die DDR ihrerseits warf RIAS und SFB vor, durch eine verzerrende Darstellung zur Destabilisierung des sozialistischen Systems beizutragen. Die Teilung Berlins beendete alle Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung der beiden in unterschiedliche Richtungen driftenden deutschen Staaten. Die Botschaft des Westens konnte nicht mehr die sein, die Vorzüge des Kapitalismus zu preisen, um die DDR-Bürger zur Umsiedlung zu animieren. Dieser Weg war jetzt unmöglich, und jeder, der es probierte, noch in den Westen zu gelangen, mußte damit rechnen, erschossen zu werden. Dies war eine Ungeheuerlichkeit, über die Politiker, Medien und Bürger Westberlins nicht hinwegkamen: daß Deutsche auf ihre deutschen Landsleute schießen sollten, um sie an der Flucht zu hindern. Dem SFB blieb auch hier nichts anderes übrig, als die Verhältnisse zu beklagen, das “Ulbricht-Regime” anzuprangern und Durchhalteparolen zu verbreiten. Wichtig war, die Westberliner Bevölkerung zu beschwichtigen und sie davon abzuhalten, sich zu unüberlegten Aktionen hinreißen zu lassen. Paradoxerweise brachten die vollendeten Tatsachen, die die DDR mit der deutsch-deutschen Grenze geschaffen hatte, den Westen eher dazu, den zweiten deutschen Staat anzuerkennen: so gesehen hatte die DDR ihr Ziel erreicht. Der Schock und der Zorn über den Mauerbau wich alsbald einem Pragmatismus, der suchte, sich irgendwie mit der Situation zu arrangieren. Auch im SFB fand diese Haltung unter Redakteuren und Journalisten viele Anhänger; die einzigen “Unbeugsamen” blieben Matthias Walden und sein Gefolgsmann Herbert Hausen. Die Passagierscheinverhandlungen wurden

³⁰⁵ Ebd.

von der Abendschau positiv begleitet, von Walden hingegen als Erpressungsversuche eingestuft: In der Tat waren Erleichterungen im innerdeutschen Grenzverkehr nur durch Konzessionen an die DDR-Führung zu erreichen. In dieses auf sein Schicksal fixierte Westberlin platzte mit aller Macht die Studentenbewegung, für die die deutsch-deutsche Teilung ein Faktum war, mit dem auseinanderzusetzen sie nicht für erforderlich hielt. Wohl gab es Protest gegen Wiederbewaffnung und atomare Aufrüstung, aber eine Verquickung desselben mit der Frage der Wiedervereinigung erschien den meisten nicht opportun. Die Berliner Abendschau hatte sich auf das Inseldasein ebenfalls eingerichtet. Aus der Perspektive der Westberliner Bevölkerung registrierte sie jegliche Anzeichen der Solidarität von Seiten der Bundesrepublik und der westlichen Alliierten mit der eingeschlossenen Stadt. Diese Solidarität sah sie, im Einklang mit der Westberliner Presse, gefährdet, als die Studenten begannen, in Gestalt der Amerikaner einen "Garanten der westlichen Freiheit" anzugreifen. Mit der ersten anti-amerikanischen Demonstration im Februar 1966 waren die Weichen für eine unverbrüchliche Feindschaft zwischen dem Gros der Westberliner und den Studenten gestellt. Die Aufgabe der Abendschau war, die Proteste als Verirrung einiger Rowdys hinzustellen, die man mit rigiden polizeilichen Mitteln in den Griff bekommen müsse. Da dieses auf Anhieb nicht gelang, machte sich die Sendung zum Sprachrohr der Berliner Bevölkerung, indem sie stellvertretend ihren Unwillen über die Aktionen der APO äußerte. In Zusammenarbeit mit Polizei und Senat wurde konsequent negativ über die "Randalierer" berichtet und den Demonstranten "politische Unzurechnungsfähigkeit" bescheinigt. Übergriffe hysterischer Bürger auf die Studenten wurden hingegen als verständlich bezeichnet. Die Gegendemonstration der "schweigenden Mehrheit", die so schweigend gar nicht war, äußerte sie doch öffentlich bei jeder Gelegenheit und vor jedem SFB-Mikrofon ihren Unwillen über die "Störer", die doch "rübergehen

sollten”, fand großen Anklang in der Abendschau. Durch die Linse ihres Objektivs betrachtet, teilte sich Westberlin in anständige Bürger, die den Amerikanern in ewiger Dankbarkeit verbunden waren, eine Mehrheit von Studierwilligen und eine kleine Gruppe von Radikalen, die antiamerikanisch und prokommunistisch gesinnt waren. Durch den Tod Benno Ohnesorgs geriet dieses Bild nicht ins Wanken; reflexhaft wurde der Todesschütze verteidigt und den Studenten die Schuld an der Eskalation der Ereignisse gegeben.

In der folgenden Zeit konzentrierten sich die Abendschau-Berichte darauf, die Bewegung zu individualisieren, d.h. sie hoben Teufel, Langhans und Kunzelmann als anarchistische Bürgerschreck-Figuren hervor und bauten Dutschke zum Führer der Bewegung auf, der Versammlungen mit Ho-ho-ho-Chi-Minh-Rufen dirigierte. Der Vietnam-Kongreß und die abschließende Demonstration im Februar 1968 waren der vorläufige Höhepunkt der Anti-Kriegs-Bewegung und der Zeitpunkt, an dem sich Studenten und Bürger sozusagen Auge in Auge gegenüberstanden. Der Vietnam-Demonstration, der die Abendschau unterstellte, von der SED unterwandert zu sein, folgte die Großdemonstration von Berliner Bürgern und Politikern, die “Dutschke und seine Bande” aus Berlin hinauswerfen wollten. Die von der Abendschau gesendeten Bilder des Protestmarsches, bei dem Pappschilder mit Aufschriften wie “Dutschke - Staatsfeind No.1” hochgehalten wurden, trugen zur weiteren Aufheizung der Atmosphäre bei. Nach dem Attentat auf Dutschke am 11. April 1968 kehrte kurzzeitig Betroffenheit ein, diese hielt aber nur solange an, bis der Attentäter als “verirrter Einzeltäter” entlarvt und die demonstrierenden Studenten wieder als Aggressoren dargestellt werden konnten.

An der “Schlacht am Tegeler Weg” ist gut nachzuvollziehen, nach welchem Muster die Abendschau-Berichte über studentische Proteste gestrickt waren. Auf der Basis des Kameramaterials wurden Szenen in nicht chronologischer Reihenfolge montiert und durch den Schnitt in

Kombination mit dem Text mit einer neuen Bedeutung versehen, um die These von der Aggressivität der Demonstranten und der Unschuld der Polizei zu stützen.

Mit dem Ende der APO vollzog sich die Spaltung der linken Bewegung aus der Perspektive des Bürgertums, wie sie in der Abendschau vermittelt wurde, in "Kriminelle" und "Sympathisanten". Nach den Mitgliedern der "Bewegung 2. Juni" wurde in enger Zusammenarbeit mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft gefahndet. Über Ereignisse in diesem Zusammenhang, etwa die Erschießung Georg von Rauchs, wurde in dem Tenor berichtet, daß dieser an seinem Tod selbst schuld sei. Statt einer Hinterfragung des Falles wurde nahtlos die Fahndung nach weiteren "2. Juni"- und "RAF"-Mitgliedern betrieben, bei deren möglicher Festnahme letale "Komplikationen" vermutlich ebenfalls billigend in Kauf genommen worden wären.

Erste Anzeichen einer "Aufweichung" des staatstragenden Kurses der Abendschau lassen sich 1974 nachweisen, als über das Verhalten der Polizei bei der Durchsuchung der Praxis des rechtsanwaltskollektivs Eschen, Ströbele und Spangenberg im Rahmen der Fahndung nach "anarchistischen Gewalttätern" ansatzweise kritisch berichtet wurde. Während der Lorenz-Entführung hatte die Abendschau eine wichtige Rolle als Fahndungshilfe zu erfüllen. Die Zuschauer wurden so gleichzeitig zu Informierten und Informanten. Kritisch ging die Sendung aber mit den Fahndungsmethoden der Polizei in Zusammenhang mit der Entführung um, wie z.B. bei der Durchsuchung des Tommy-Weisbecker-Hauses. Die Rolle der Abendschau im Herbst 1977 war eher marginal. Die Schleyer-Entführung hatte thematisch nicht die Relevanz wie die Lorenz-Entführung zwei Jahre zuvor, da sich die Abendschau als Regionalprogramm verstand. In diesem Fall fand die Berichterstattung überregional in den Nachrichtensendungen der ARD statt. Erst als Berliner wieder ins Spiel kamen, nämlich bei der Entführung der Lufthansa-

Maschine durch das Kommando "Siegfried Hausner", widmete die Abendschau der Rückkehr einer befreiten Familie einen größeren Bericht. In die Berichterstattung der Abendschau über den Lorenz-Drenkmann-Prozeß im Jahre 1978 mischten sich kritische Untertöne: ganz im Sinne des Steuerzahlers wurden die lange Prozeßdauer und die hohen Kosten moniert. Der Freispruch für Teufel & Co. aufgrund der Unglaubwürdigkeit des Kronzeugen fand durchaus Zustimmung. Einen Schlußpunkt unter die Darstellung der Studentenbewegung und ihrer Nachfolgebewegungen setzte die Berichterstattung über den Tod Dutschkes und seine Beerdigung in Berlin, bevor ein völlig neues Thema für die Stadt und somit auch für die Abendschau brisant wurde. Den Hausbesetzungen, auch "Instandbesetzungen" genannt, wurde von Beginn an mehr Sympathie und Verständnis entgegengebracht als jeder Bewegung zuvor: das mag zum einen daran gelegen haben, daß die Erhaltung von Wohnraum und der Protest gegen Leerstand und Spekulantentum mit den Interessen der Bevölkerung durchaus in Einklang zu bringen waren; zum anderen hatte sich in der Abendschau ein Generationswechsel vollzogen; es waren jüngere und progressive Reporter nachgerückt. Anlässlich des Todes des Demonstranten Rattay zeigte sich aber nochmals der Graben, der zwischen der alten und der jungen "Garde" bestand. Wolfgang Hanel vertrat nach wie vor einen Standpunkt, der sich an den Vorgaben von Senat und Polizei orientierte, während sich Journalisten wie Wolfgang Kandeler kritische Nachfragen leisteten.

Ende der achtziger Jahre spielte der SFB den Katalysator für die Bürgerrechtsbewegung in der DDR, indem er regelmäßig in der Abendschau und in Sondersendungen über ihre Aktivitäten berichtete und ihre Vertreter zu Wort kommen ließ. Der DFF war zusammen mit dem gesamten DDR-System ins Wanken geraten. Nach dem Fall der Mauer bemühte sich der SFB, die Bürger aus Ostberlin in sein Programm einzubeziehen. Auch die Abendschau reagierte personell, indem sie

Moderatoren des ehemaligen DFF verpflichtete. Aber auch diese Konzessionen führten nicht zu einer Akzeptanz des Senders in Ostberlin und Brandenburg - zu sehr war das alte Feindbild aus der Zeit des kalten Krieges präsent. Insbesondere die Abwicklung des DFF wurde übelgenommen und konnte erst durch die Gründung des ORB wieder einigermaßen kompensiert werden.

Über die Abendschau ist abschließend zu sagen, daß sie zwar typisch für die Stadt, also für das Denken in Westberlin war, aber nicht typisch für den SFB: Hier war sie eher eine konservative bis reaktionäre Insel, umgeben von fortschrittlichen Hörfunkprogrammen und dem Dritten Fernsehprogramm. Zaghafte Ansätze nach links, wie sie in den achtziger Jahren vorkamen, überdauerten die neunziger Jahre nicht - schon deshalb nicht, weil im Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklung durch den Zusammenbruch des Sowjetkommunismus und seiner "Satellitenstaaten" emanzipatorische Bewegungen keinen Einfluß mehr nehmen konnten.

Seit Gründung des SFB zeigte die prominente Besetzung des Rundfunkrates, welchen Stellenwert der Sender in Berlin hatte. In den Jahren 1957/58 saßen "sieben vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" im SFB-Rundfunkrat, wie Bürgermeister Willy Kreßmann oder Dr. Franz Suchan. Des weiteren ein Vertreter der evangelischen, ein Vertreter der katholischen Kirche und ein Vertreter der Jüdischen Gemeinde. Für die Beamten innerhalb der Arbeitnehmerschaft war Dr. Karl Vogt anwesend, für die Unternehmer Willy Henneberg und Chefredakteur Franz Kluge. Den Rat vervollständigten ein Vertreter des Presseverbandes, zwei Professoren der Berliner Hochschulen und als Vertreter des künstlerischen Lebens Wolf Jobst Siedler und Dr. Gerhard von Westermann.³⁰⁶ In den Jahren, in denen die SPD die Stadt regierte, hatte der SFB auch SPD-nahestehende

³⁰⁶ SFB-Jahrbuch 1957/58, S. 5

Intendanten. Zeitlich versetzt zur Ablösung von Klaus Schütz durch Richard von Weizsäcker wurde auch ein von der CDU favorisierter Intendant ins Amt gehoben: Lothar Loewe. Ihm folgten mit Hermann und Lojewski ebenfalls der CDU nahestehende Intendanten. Solange die CDU an der Macht war, saß ihr Vorsitzender Klaus Landowsky im Rundfunkrat und zog dort die Fäden. Erst 1998 kam mit Horst Schättle wieder ein SPD-Mann zum Zuge, allerdings nur durch den Rücktritt Lojewskis aus gesundheitlichen Gründen. Schättle bereitete dann im Einvernehmen mit der SPD unter Wowereit die Fusion der beiden Sendeanstalten vor. Die politische Potenz des SFB war immer reziprok; für die Politik war es enorm wichtig, in den Gremien des Senders vertreten zu sein und über die Besetzung der wichtigsten Posten, Intendanz, Programmleitung und Chefredaktion Einflußmöglichkeiten zu besitzen. Das Programm des Senders entsprach dennoch nicht exakt den politischen Kräfteverhältnissen in der Stadt, vielmehr war es heterogen und verhielt sich bisweilen antizyklisch. Als die SPD mit Willy Brandt und anschließend mit Heinrich Albertz den Regierenden Bürgermeister stellte, stand die Abendschau "rechts" davon und vertrat die ordnungspolitische Position der in der Opposition befindlichen CDU.

Heute ist das öffentlich-rechtliche Fernsehen, parallel zur gesellschaftlichen Entwicklung, einem tiefgreifenden Wandel unterworfen. Die Parameter "Information und Unterhaltung" gelten zwar noch, sind aber zugunsten der konsumorientierten Unterhaltung verschoben. Dies wiederum wird von einer Politik des Neo-Liberalismus im globalen Maßstab diktiert.

Debatten wie "Die Linke lebt" oder "Gewalt in der Opposition" sind im Fernsehen heute nicht mehr vorstellbar; zum einen, weil es die linke Bewegung nicht mehr gibt, zum anderen, weil das von Werbung und Einschaltquoten diktierte Programm diese Art von Fragestellung nicht mehr

zuläßt. Das Privatfernsehen, unterstützt von der Medienpolitik wichtiger Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen und Bayern, brachte das öffentlich-rechtliche Fernsehen in Zugzwang. Auch hier haben sich die kapitalistischen Markt- und Wettbewerbsmechanismen durchgesetzt. Die derzeitigen politischen Talkrunden, ob in ARD, ZDF oder den Dritten Programmen, beschäftigen sich mit systemimmanenten Problemen; mit Tagespolitik, Wirtschafts- und Kulturpolitik aus der Perspektive von Regierung und Opposition. Als äußerste Linke wird die Ex-PDS und nunmehr Linkspartei wahrgenommen, die aus der sicheren Oppositionsperspektive den Sozialstaat kritisiert.

Gesellschaftliche Hintergründe werden nicht mehr untersucht, sind nicht Gegenstand des Diskurses. Ein Grund ist natürlich der, daß diese Fragen auch von keiner gesellschaftlich relevanten Gruppe gestellt werden. Eine außerparlamentarische Bewegung gibt es nicht mehr. Die strukturelle Gewalt in der Gesellschaft wird nicht mehr thematisiert, geschweige denn mit Gegengewalt beantwortet.

Ehemalige "Straßenkämpfer" und Maoisten haben sieben Jahre mit der SPD regiert - und würden es genauso mit der CDU tun, wenn die Scheinhürden, die sie diesbezüglich aufgebaut haben, ihnen nicht mehr im Weg ständen. Die zentrale Frage, die im Raum steht, ist, wie lange die globale profitorientierte Ausbeutung funktionieren wird.

Der SFB, aus politischen Gründen mit dem ORB zusammengeführt, kämpft als rbb um eine neue Identität und die Gunst der Zuschauer. Er hat, wie alle anderen Anstalten der ARD auch, durch die gewandelten Strukturen und die gesellschaftlichen Anforderungen eine überwiegend marktorientierte Sichtweise. Das Dritte Programm ist heute ein Unterhaltungsprogramm mit regionalen Bezügen, das sich, obwohl werbefrei, durch die Einschaltquoten legitimiert.

In der jüngsten Zeit ist die ARD in Kritik geraten durch die Tatsache, daß

sie mit Produktionsfirmen zusammengearbeitet hat, die product placement betrieben. Eine Initiative in der EU soll ein solches product placement in Zukunft erlauben. Die öffentlich-rechtlichen Grundsätze würden dadurch ins Wanken geraten.

Es ist zu hoffen, daß sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht dem Kampf um Marktanteile und Quoten beugt, sondern seinen Auftrag erfüllt, als staatsferne und unabhängige Institution allumfassend zu informieren und zu unterhalten.

5.4 Exkurs

Die Funktion der bürgerlichen Öffentlichkeit, wie sie im 18. Jahrhundert durch die Entstehung der Presse begründet wurde, hat sich auch in Bezug auf ihre Möglichkeiten der Artikulation gewandelt: "Inzwischen hatte der Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit eingesetzt; die Institutionen des gesellschaftlich-geselligen Verkehrs, die den Zusammenhang des rasonierenden Publikums sicherten, verloren ihre Kraft oder zerbrachen ganz; der Entwicklung zur kommerziellen Massenpresse entsprach die Umstellung der Honoratiorenparteien auf Massenbasis."³⁰⁷

Gab es im 18. Jahrhundert noch ein Gedanken- und Meinungs-austausch im besten Sinne, wurde die Möglichkeit der Meinungsäußerung des Publikums mit dem Aufkommen der Massenmedien eindimensional; das Angebot, sich in Leserzuschriften zu äußern, ist von marginaler Bedeutung. Das Gleiche gilt für die Zuschauerredaktionen der Sendeanstalten, bei denen zwar Post, e-mails und Anrufe der Zuschauer eingehen und beantwortet werden, diese aber keinen multiplikatorischen Effekt haben: es könnten Tausende von Zuschauern ein und dieselbe Kritik haben, sie erreicht dennoch nicht die Öffentlichkeit, weil sie nicht publiziert wird. Stattdessen wird die Zuschauermeinung senderintern ausgewertet und dazu benutzt, Fehlentwicklungen des Programms zu registrieren.

³⁰⁷ Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, S. 302

Auf einem anderen Wege hat sich die Meinung des Zuschauers scheinbar größere Geltung verschafft: durch die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in Nürnberg. Auf der Basis von ca. 5000 Haushalten, die einen Querschnitt durch die Bevölkerung darstellen sollen, ermittelt sie die Anzahl der eingeschalteten Fernsehempfänger, aufgeschlüsselt nach Sender und Sendegebiet. Diese sogenannte Quote, aufgeschlüsselt in "absolute" Zuschauerzahlen und Marktanteile, also den Prozentsatz der eingeschalteten Geräte, ist mittlerweile der Maßstab schlechthin, für öffentlich-rechtliches Fernsehen nicht minder als für privates. Die GfK stellt praktisch ein Monopol dar und ist nicht kontrollierbar - von daher kann man davon ausgehen, daß es sich hierbei nicht um ein demokratisches Instrument handelt, das dem Publikum zu seinem Recht auf Information verhelfen soll. Vielmehr stellt es sich so dar, daß sich eine marktwirtschaftliche Institution Einfluß auf die Programmdebatten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens verschafft hat.

5.5 Schlußbemerkung

Der SFB war als öffentlich-rechtliche Anstalt mit dem politischen Auftrag gegründet worden, als Frontstadtssender die Botschaft der westlichen Welt nach Ostdeutschland zu senden. Der von Hurwitz ermittelte antikommunistische "Widerstandskonsens" in der Bevölkerung spielte dabei eine wesentliche Rolle.

Der SFB war Teil der medialen Öffentlichkeit Westberlins, die ansonsten von der Springer-Presse dominiert wurde. Während des Kalten Krieges deckten sich die Intentionen von Presse, Funk und Fernsehen dahingehend, daß die kommunistische Sowjetunion zum Feindbild erhoben und auf die Wiedervereinigung Deutschlands hingearbeitet wurde.

Zu einem bedeutenden geschichtlichen Ereignis kam die Gründung des SFB zu spät: beim Aufstand am 17. Juni 1953 spielte der RIAS eine

wichtige Rolle. Inwieweit diese vergleichbar war mit der kanalisierenden Rolle der Medien bei der DDR-Bürgerrechtsbewegung, welche von Habermas 1990 zum Anlaß genommen wurde, sein negatives Urteil über die Medien zu revidieren, bleibt dahingestellt.³⁰⁸

Die Sprache der Propaganda war in allen Westberliner Medien gleich: mit einer bestimmten Terminologie wie "Sowjetische Besatzungszone", "Ulbricht-Regime" oder "Unrechtsstaat" wurde der politische Gegner im anderen Teil Deutschlands diffamiert und verbal attackiert.

SFB-Fernsehen und Rundfunk folgten diesem Muster. Nach dem Bau der Mauer und der Abriegelung Westberlins begann sich der Ton kaum merklich zu ändern. Eine Mischung aus Pragmatismus und Angst vor weiteren Maßnahmen des Ostblocks bewirkte einen moderateren verbalen Umgang mit dem "Klassenfeind"; nur sogenannte Kalte Krieger wie Walden und Hausen blieben, analog zu Springers Gazetten, unverrückbar bei ihrer Meinung.

Hier zeigt sich, daß es einen fundamentalen Unterschied zwischen der öffentlich-rechtlichen Institution SFB, die sich der Politik anpassen mußte, und der marktwirtschaftlich orientierten Presse gab: der SFB, beeinflusst von der regierenden SPD, setzte nicht mehr auf totale verbale Konfrontation mit dem Ostblock. Hauptkritikpunkte waren der Schießbefehl an der Mauer, Behinderungen im Transit-Verkehr und unzulängliche Besuchsregelungen. Demgegenüber setzte der Verleger Springer die antikommunistische Kampagne in seinen Printmedien unbeirrt fort. Mit Habermas hieße das, daß die publizistische Funktion des öffentlich-rechtlichen Senders gegenüber der privatkapitalistischen Funktion gewahrt wurde.

Die öffentliche Meinung des inzwischen nicht mehr rasonierenden, sondern konsumierenden Publikums wurde bilateral geprägt durch die

³⁰⁸ Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, S. 49: "...Die Massenmedien waren nicht nur entscheidend für die Ansteckungseffekte der weltweiten Diffusion. Auch die physische Präsenz der...demonstrierenden Massen hat...revolutionäre Gewalt nur in dem Maße entfalten können, wie sie durchs Fernsehen in eine F Präsenz verwandelt wurde."

widersprüchlichen Interessen von Parteien und Verbänden in der bürgerlichen Gesellschaft.

Mit dem Erscheinen der Studentenbewegung auf der politischen Bühne gab es erneut einen Schulterschuß der verschiedenen bürgerlichen Interessen - es wurde eine öffentliche Meinung hergestellt, die die neue politische Bewegung als kommunistisch und vom Ostblock gesteuert diffamierte. Die SFB-Abendschau betrieb eine gefärbte Berichterstattung, die beabsichtigte, die zweifellos und durch Untersuchungen nachgewiesene in der Berliner Bevölkerung vorhandene politische Haltung gegenüber den Studenten im Sinne des antikommunistischen Konsenses zu bestätigen respektive zu steigern.

Auf der anderen Seite hatte sich im SFB-Hörfunk inzwischen eine progressive Nische gebildet mit Redakteuren und Moderatoren, die versuchten, ein intellektuelles, rasonierendes Publikum anzusprechen. Die Hörfunk-Welle SFB2 konnte sich links vom bürgerlichen Spektrum profilieren, indem sie als einzige nach den tödlichen Schüssen des Polizisten Kurras auf Benno Ohnesorg den Studenten Gelegenheit gab, sich zu äußern und das Vorgehen der Polizei zu kritisieren. Im Sinne der "Radiotheorie" von Bert Brecht war dies ein Ansatz, den Rundfunk aus einem "Distributionsapparat" in einen "Kommunikationsapparat" zu verwandeln: "...Der Rundfunk wäre der denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, ein ungeheures Kanalsystem, das heißt, er wäre es, wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuschauer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern in Beziehung zu setzen...Deshalb sind alle Bestrebungen des Rundfunks, öffentlichen Angelegenheiten auch wirklich den Charakter der Öffentlichkeit zu verleihen, absolut positiv."³⁰⁹

Im übertragenen Sinne hieße das, daß einer öffentlichen Angelegenheit,

³⁰⁹ Radiotheorie, in: Bertolt Brecht, Gesammelte Werke, Band 18, S. 129, zitiert aus: Oskar Negt/Alexander Kluge: Öffentlichkeit und Erfahrung

nämlich dem Tode Benno Ohnesorgs, durch den SFB-Rundfunk der Charakter der Öffentlichkeit verliehen wurde, indem er sich nicht nur zum Sprachrohr der bürgerlichen Öffentlichkeit machte. Hier artikuliert sich in Person der Studenten nicht nur ein rasonierendes, sondern auch ein politisch agierendes Publikum³¹⁰, das bislang von der Öffentlichkeit ausgeschlossen war. "Ausschluß", und hier bezieht sich Habermas auf den Begriff von Foucault, "gewinnt einen anderen, weniger radikalen Sinn, wenn sich in denselben Kommunikationsstrukturen gleichzeitig mehrere Arenen bilden, wo neben der hegemonialen bürgerlichen Öffentlichkeit andere subkulturelle oder klassenspezifische Öffentlichkeiten unter eigenen, nicht ohne weiteres kompromißfähigen Prämissen auftreten."³¹¹ In der öffentlich-rechtlichen Anstalt SFB wirkten unterschiedliche Kräfte: die konservative Fraktion, die das Treiben der Studenten nachrichtlich ausschaltete und politisch verurteilte und die liberale Fraktion, die den Studenten latent Sympathien entgegenbrachte und ihnen ein Diskussionsforum bot. Eine ausgleichende Rolle spielte dabei der der SPD angehörige, aber eher als liberal einzuschätzende Intendant Franz Barsig. In der Auseinandersetzung um Sendezeit für die APO verhandelte er geschickt und wies darauf hin, daß dieses Ansinnen, sollte er ihm stattgeben, auch von anderen gesellschaftlichen Gruppen eingefordert werden könne. Nach dem Organisationsprinzip hätte die Studentenschaft, vertreten durch den AStA, einen Sitz im Rundfunkrat anstreben müssen. Offizielle Sendezeit erhielt die APO nicht, wohl aber Gelegenheit, sich in diversen Rundfunk- und einigen Fernsehsendungen darzustellen. Der direkte Kontakt mit der neuen sozialen Bewegung hatte bei jungen Redakteuren und Moderatoren, die derselben Generation angehörten wie die Studenten, Interesse und Sympathien geweckt. Dies fand seinen Niederschlag im Programm, in dem immer mehr Beiträge vorkamen, die

³¹⁰ Die im heutigen Rundfunk- und Fernsehjournalismus angewandte Methode, das Publikum in Umfragen zu Wort kommen zu lassen, hat nichts mit Rasonnement zu tun, sondern besitzt vielmehr eine demokratische Alibifunktion

³¹¹ J. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt am Main 1990, S. 15

sich mit gesellschaftskritischen Themen befaßten. Der Sender war offen für gesellschaftliche Einflüsse und spiegelte sie wider. Als Institution indes war er Ausdruck des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Dieses war gekennzeichnet durch die Dominanz des kapitalorientierten Bürgertums, sodaß der öffentlich-rechtliche Apparat Flexibilität zeigen und die Widersprüche, die durch die politischen und sozialen Bewegungen offenbar wurden, aushalten mußte. Ebenso wie die Gesellschaft in der Lage war, Bewegungen wie die der Studenten oder der Hausbesetzer aufzufangen³¹², hatte der Sender eine integrative und assimilierende Funktion. Da die Entwicklung in einer heterogen zusammengesetzten Gesellschaft und ihrer medialen Öffentlichkeit nicht zwangsläufig parallel verläuft, stand er aber zeitweilig im Gegensatz zur privatkapitalistischen Medienöffentlichkeit sowie den sie bestimmenden Parteien und Verbänden.

Betrachtet man den SFB nicht nur als Medium, sondern als historisches Phänomen, das er qua seiner Gründungsgeschichte und Aufgabe ja auch war, bleibt festzuhalten, daß er den gesellschaftlichen Wandel vom Kalten Krieg zur Entspannung und Wiedervereinigung, von der konservativ-bürgerlichen bis zur "offenen"³¹³ Gesellschaft mit vollzogen hat, daß er als Teil der vermachteten Öffentlichkeit funktioniert und dennoch auch im idealisierten Sinn zum Raisonement beigetragen hat. Eine eigenständige aktive Rolle im Sinne der Beeinflussung der politischen Machtkonstellation hatte er jedoch nicht.

Politische Neutralität konnte und kann ein Rundfunk- und Fernsehsender nicht leisten. Im besten Sinne kann das Bestreben nach politischer Neutralität nur freie Meinungsäußerung, Ausgewogenheit und kritischen Journalismus bedeuten, denn Neutralität an sich setzt die Abwesenheit von

³¹² Wie schnell dies geschieht, hängt von der Radikalität der Bewegung und von einem ggf. bereits erfolgten Lernprozess des Machtapparats einer Gesellschaft ab

³¹³ Der Begriff "offen" soll hier die Bereitschaft zum erweiterten Diskurs und zu kulturellen Veränderungen charakterisieren und nicht im engen Sinne den Gegensatz zum Totalitarismus darstellen, wie er in der "Offenen Gesellschaft und ihre Feinde" von Karl Popper definiert wurde

Herrschaftsinteresse - also einen idealistischen Zustand - voraus. Die Betrachtung jedes Objekts und jedes Themas ist eine Frage der Perspektive. Der Anspruch der Neutralität ist also eine Fiktion, die eine ideologische Funktion erfüllt.

Die erste große Transformation des Fernsehens war die eines Zeugen sich abspielender Ereignisse zu einem Schöpfer von Ereignissen, von einem Beobachter zu einem Medium³¹⁴. Diese Rolle des Zeitzeugen, der nicht nur beobachtet, sondern auch eingreift, hat der SFB über die Jahre seiner Existenz gespielt.

Zum Zeitpunkt der Gründung des SFB war das öffentliche Interesse qua Medien und Politik als antikommunistisch definiert³¹⁵; die Aufgabe des Senders sollte es sein, ein Gegengewicht zum Berliner Rundfunk zu bilden. Der Programmauftrag lautete, eine "Brücke zwischen den Hörern in Ost und West zu schlagen" und die "Interessen der Menschen in Mitteldeutschland zu vertreten,...sie wahrheitsgemäß über Vorgänge aufzuklären, die von einer Einheitspresse und einem Einheitsrundfunk verschwiegen oder entstellt wiedergegeben werden."³¹⁶

De facto hieß das, daß der vom Zentralkomitee verordneten Propaganda des Ostens die als Mehrheitsmeinung definierte westliche Propaganda entgegengesetzt werden sollte. Dies läßt sich exemplarisch nachweisen an der Sendung "Was wissen wir von Deutschland?", die der SFB produzierte und die in der ARD ausgestrahlt wurde.³¹⁷

Mit dem Bau der Mauer änderte sich das öffentliche Interesse und damit auch der Programmauftrag zwangsläufig. Die westliche Illusion eines schnellen Bankrotts des DDR-Systems war enttäuscht worden, die Wiedervereinigung in weite Ferne gerückt. Nun ging es darum, den Status quo zu verteidigen, d.h. um die Bestandssicherung für den Westteil der

³¹⁴ Vgl. David Edgar, What are we telling the nation? Aus: BBC 2004, S. 135

³¹⁵ Der SFB reihte sich ideologisch ein in die Medienlandschaft Westberlins, die durch den RIAS, den Springer-Verlag und den *Tagesspiegel* bestimmt wurde

³¹⁶ SFB-Chefredakteur Rolf Menzel in: SFB-Jahrbuch 1959, S. 13

³¹⁷ Was wissen wir von Deutschland? ARD-Sendung vom 17. Juni 1961, SFB-Fernseharchiv

Stadt. Die offensive antikommunistische Propaganda wich einer defensiveren Variante, bei der es darum ging, den anderen deutschen Staat zwar nicht zu akzeptieren, aber auch nicht so zu provozieren, daß daraus Nachteile für Westberlin und seine Bewohner hätten entstehen können. An der Thematik und am Duktus der Sendungen und Beiträge in den sechziger Jahren läßt sich dies ablesen. Die Auswertungen der Abendschauen aus dieser Zeit hat ergeben, daß die Präsenz bundesdeutscher Politiker in Westberlin und die Garantieerklärungen der Westmächte für Berlin die vorrangigen Themen waren. Die wirtschaftliche Problematik der Stadt wurde u.a. ausführlich in "Wie geht es weiter in Berlin?" behandelt.³¹⁸ Die Sendereihen "Wir sprechen für die Zone" und "Mitteldeutsches Tagebuch", beides stark propagandistische Sendungen, in denen die DDR unter anderem als Unrechtsregime bezeichnet und eine Parallele zum Nationalsozialismus hergestellt wurde, wurden bereits im Jahre 1963 beziehungsweise 1965 wieder eingestellt.

In der dritten Phase, während der Studentenbewegung, wurde der äußere Feind durch den inneren Feind ersetzt: stellvertretend für die Propaganda gegen die DDR wurde die ideologische Auseinandersetzung mit einer politischen Bewegung gesucht, der unterstellt wurde, vom Osten gesteuert zu sein. Die Abendschau trug durch ihre einseitige Berichterstattung und die Verwendung von Begriffen wie "Rowdys" zur Verfestigung der Fronten bei³¹⁹. Dies ergab eine Auswertung der Abendschauen, angefangen von den ersten Berichten über die Demonstration vor dem Amerika-Haus³²⁰ bis zur Nachricht vom Attentat auf Rudi Dutschke³²¹.

Innerhalb des SFB kam es mit dem 2. Juni 1967, dem Datum des Todes von Benno Ohnesorg, zu einem Wandel: in verschiedenen Sendungen, insbesondere des Hörfunks, wurden die Anliegen der Studenten

³¹⁸ Siehe: Wie geht es weiter in Berlin? vom 30.4.1968, Drittes Fernsehprogramm

³¹⁹ Abendschau vom 17.12.1966, Beitrag über Demonstration am Kurfürstendamm

³²⁰ Abendschau vom 5.2.1966

³²¹ Abendschau vom 11.4.1968

thematisiert und reflektiert³²². Der SFB als Institution reagierte flexibel auf die Studentenbewegung, indem er ihr Gelegenheit zur Selbstdarstellung gab. Diese Darstellung war keine Form der Gegenöffentlichkeit, da sie sich nach den Spielregeln der bürgerlichen Öffentlichkeit und als Teil derselben vollzog. Den Forderungen der APO, ihr Sendezeit zur Verfügung zu stellen, also eine direkte Gegenöffentlichkeit zu schaffen, entsprach der SFB nicht³²³. Indirekt trug er aber zur Schaffung von Gegenöffentlichkeit bei, indem er die Aktionen der Studenten zum Gegenstand seiner Bild-Berichterstattung machte. Jedes Transparent, das bei einer Demonstration zu sehen war, jede akustisch vermittelte Parole trug zur Verbreitung der Anliegen der Studenten in der Öffentlichkeit bei. Aus einer Demonstration wurde auch deswegen ein Ereignis, **weil** der SFB darüber berichtete. Die journalistische Sensation überwog die Möglichkeit, die öffentliche Wahrnehmung der Studentenbewegung zu reduzieren. Den Aktionen der APO wurde in der Berichterstattung der Abendschau Raum gegeben, sie wurden aber nur negativ abgehandelt. Vertreter des Senats und der Parteien kamen in diesem Zusammenhang regelmäßig zu Wort, um die offizielle Version der Ereignisse darzustellen³²⁴. Die politische Konstellation, nämlich daß es in Berlin über lange Jahre eine SPD-Regierung mit den entsprechenden staatlichen Institutionen gab, spielte dabei eine nicht unwesentliche Rolle. Der Polizeipräsident gehörte der SPD³²⁵ an, der SFB-Intendant, Franz Barsig, war ebenfalls SPD-Mitglied. Die Studentenbewegung sah sich also auf allen Ebenen der Macht mit der SPD konfrontiert, der Partei, die sich zwar mit dem Godesberger Programm auch nominell davon verabschiedet hatte, Arbeiterpartei sein zu wollen, aber dennoch in den Augen der Linken und Intellektuellen im Vergleich mit der kapitalorientierten CDU als kleineres Übel erschien. Die CDU als Oppositionspartei versuchte, sich als Ordnungsfaktor zu

³²² Wir um zwanzig, 4. Juni 1967, SFB 3

³²³ Diskussion der APO mit Barsig v. 15.4.1968, Manuskripte DRA Potsdam und Abendschau

³²⁴ Siehe Rede von Innensenator Albertz am 7.7.1966 in der Abendschau, SFB-Fernseharchiv

³²⁵ Erich Duensing, Nachfolger war Klaus Hübner ab dem 1.1.1969

profilieren und warf der SPD vor, nicht energisch genug gegen die "Ruhestörer" vorzugehen.³²⁶ Das Verhältnis von SPD- und CDU-Positionen im Sender verhielt sich proportional zu deren Gewicht in der Berliner Politik. Die Verteilung von Posten und Funktionen war auch hier Ausdruck der Austauschbarkeit politischer Parteien in der kapitalistischen Demokratie.

Die Wechselwirkung zwischen Ereignis und Medium manifestierte sich in der Dauerpräsenz des Themas "Aktionen der APO" in der SFB-Berichterstattung und dem Bewußtsein der Aktivisten, daß das Spektakel Medienpräsenz garantierte³²⁷. Die Schlacht am Tegeler Weg am 4.11.1968 wurde von der Abendschau durch ihre Schilderung der scheinbar im Bild belegten Gewalttätigkeit der Demonstranten als negative Sensation inszeniert³²⁸. Sie lieferte damit den Beweis für das in der Öffentlichkeit herrschende, durch die Springer-Presse geformte Urteil über die Studenten. Insbesondere die Gegenüberstellung des Kameramaterials mit dem gesendeten Beitrag zeigt exemplarisch, welche Möglichkeiten der Manipulation sich boten und wie sie genutzt wurden.

Im Dritten Hörfunk- und Fernsehprogramm hingegen wurde ein Diskurs eingeläutet, indem nicht nur die offizielle staatliche Version der Geschehnisse durch deren Vertreter verbreitet wurde, sondern auch die Studentenschaft selbst zu Wort kam. Im Nachhinein gesehen wurde hier der Grundstein gelegt für die mediale Assimilation der Bewegung. Dies geschah zum einen innerhalb der Struktur des Senders selbst, indem sich Redakteure und Journalisten zumindest mit Teilen der Forderungen identifizierten, zum anderen trug die Tatsache, daß sich Vertreter der Studenten in den bürgerlichen Medien äußern konnten, zur "Entradikalisierung" der Bewegung bei. Aus der Fragetechnik der

³²⁶ Abendschau vom 17. Februar 1966, Bericht aus dem Abgeordnetenhaus, SFB-Fernseharchiv

³²⁷ Wolfgang Lefèvre in der Sendung "Studentenunruhen" vom 14.11.1974 in N3

³²⁸ Abendschau vom 4.11.1968 sowie Filmmaterial, SFB-Fernseharchiv

Moderatoren in den Diskussionsrunden läßt sich ableiten, daß diese mindestens Neugierde, wenn nicht sogar Verständnis für die Beweggründe der demonstrierenden Studenten aufbrachten.

Eine Folge der Einladung der potentiellen Revolutionäre in die Rundfunk- und Fernsehstudios war deren Einbeziehung in die bürgerlichen Medien und damit die Vereinnahmung durch die bürgerliche Gesellschaft.

Die widersprüchlichen Tendenzen innerhalb kapitalistischer Organisationen machten sich in der Heterogenität der öffentlich-rechtlichen Institution SFB bemerkbar. Zum einen wurde über ihre wichtigste Sendung, die Abendschau, in der Zeit des Kalten Krieges und während der Studentenbewegung parallel zu den politischen und medialen Machtfaktoren der Stadt eine politische Einflußnahme auf die Bevölkerung im Sinne des Antikommunismus ausgeübt. Auf der anderen Seite etablierte sich im Rundfunk eine linke Fraktion, die systemimmanent progressives Programm machte. Von der Gründung des Jugendsenders "sf-beat" 1967 bis zu den von Barbara Witte³²⁹ untersuchten Jugendfunk-Wellen "Radio 4U" und "Radio Fritz" zieht sich die Linie eines dem Stadium der politischen Bewegung entsprechenden Rundfunks. Der Druck sozialer Bewegungen macht sich im öffentlich-rechtlichen System bemerkbar, um dann kanalisiert zu werden.

Letzteres traf auch auf die Abendschau zu, die durch die Ausläufer der Studentenbewegung personell und inhaltlich beeinflusst wurde. In dem Maße, wie sich die links-alternative Bewegung gesellschaftlich etablierte, fand sie auch Eingang in die mediale Öffentlichkeit. Die Transformation des SFB läßt sich gut erkennen am gewandelten Verhalten der Abendschau bezüglich der Studenten- und Hausbesetzerbewegung. Die Studentenbewegung wurde attackiert, die Hausbesetzerbewegung positiv medial begleitet. Dies mag zum einen daraus resultieren, daß die

³²⁹ Barbara Witte, Politische Inhalte und mediale Form am Exempel Jugendfunk und neue soziale Bewegungen, Berlin 1998

Studentenbewegung weiterreichende politische Forderungen hatte als die Hausbesetzerbewegung - es war aber auch Ausdruck des gewandelten gesellschaftlichen Denkens, das in der Lage war, neue Bewegungen rasch zu integrieren. Das vermeintliche Funktionalisieren der Medien, indem man Pressekonferenzen in besetzten Häusern abhielt, funktionierte nur so lange, wie die Bewegung eine Sensation darstellte und die Forderungen öffentlich vermittelbar waren. Nach dem Ende der Hausbesetzerbewegung bewegte sich die Spanne des politischen Journalismus in der Abendschau zwischen einer Art flankierendem "Enthüllungsjournalismus" in der Antes-Affäre³³⁰ und der medialen Begleitung der DDR-Bürgerrechtsbewegung. Durch die Wiedervereinigung verlor der SFB seine Daseinsberechtigung, die er 45 Jahre lang, wenn auch modifiziert, nachzuweisen bemüht war. In der Summe haben beide Strömungen im SFB - die konservative und die progressive - korrespondierend zur gesellschaftlichen Entwicklung zu einer Annäherung unter den Vorzeichen des kapitalistischen Systems geführt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat sich in vielen Punkten dem privatkapitalistischen angeglichen, weil er sich denselben Bedingungen unterworfen fühlt.³³¹ Der Schutz der publizistischen Funktion wird inzwischen sogar von Teilen der **nicht** öffentlich-rechtlichen Presse angemahnt.

Der Wandel des SFB vom Frontstadtseher zum Vollstrecker der Fusion zweier ehemals antagonistischer Systeme widerspiegelt den gesellschaftlichen Wandel und zeigt die enge Verflechtung des öffentlich-rechtlichen Systems mit der Politik, also die Vermachtung der Öffentlichkeit auf.

Die gewonnenen Erkenntnisse können relevant sein für die Einschätzung

³³⁰ Die Affäre um den Berliner Baustadtrat Antes im Jahre 1986 ist sicher als Synonym für die Verflechtung von Politik und Wirtschaft in Berlin zu sehen

³³¹ Die Einschaltquote wird zum Maß des Programms erhoben. Vgl. dazu Niklas Luhmann, Die Realität der Massenmedien, S. 12: "Die Organisationen, die die Kommunikation der Massenmedien produzieren, sind auf Vermutungen über Zumutbarkeit und Akzeptanz angewiesen."

der Einflußmöglichkeiten von Institutionen, die Bestandteil der vermachteten Öffentlichkeit sind, auf die sie dominierenden Parteien und Verbände und vice versa.

Eine perspektivisch zu untersuchende Frage wäre, wie sehr auch andere, von der bürgerlichen Öffentlichkeit ausgeschlossene Bewegungen wie z.B. der Feminismus, der ja aus der Studentenbewegung entstand, sich im Programm des Senders artikulierten und in Machtstrukturen eindringen konnten. Ein weiterer Ansatz wäre, zu erforschen, wie die linke Bewegung im Westen - von der Studentenbewegung bis zur "RAF" - im Spiegel des DDR-Rundfunks/Fernsehens dargestellt wurde.

Was den heutigen rbb anbelangt, wäre es interessant, herauszufinden, wie sich ein Sender, der aus dem historisch überholten SFB und dem in Nachfolge des DFF gegründeten ORB entstanden ist, definiert und welche neue öffentlich-rechtliche Legitimation er sich gibt.